

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

126 (2.6.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,90 M., angefordert durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezgl. 4,82 M., vorausgeschickt.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftsstelle: 1/8-1/11 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 1. Spalte Kolonelleile od. deren Raum 25 1/2, zugl. 30 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 140 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Am Wendepunkt der Geschichte.

Karlsruhe, 1. Juni.

Was all den kühnen Versprechungen mit denen die Entente während der Kriegszeit sich die Welt sympatisch zu machen wußte, will sie nun die eine halten: den preußischen Militarismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Befassung von 100 000 Soldaten, die nur noch polizeiliche Aufsichtsfunktionen sind, kein Generalstab, keine Kriegsakademien, keine Kriegsschulen, keine Unteroffizierschulen, keine Kadettenanstalten, die Munitionsfabriken unter Aufsicht gestellt, die Herstellung von kriegsverwendbaren chemischen Stoffen verboten, das bedeutet wirklich mit unserem Militarismus reinen Tisch machen. Die Entente, vor allem Frankreich, sieht sich damit indessen noch nicht sicher. Das Instrument zu zerbrechen genügt nicht, es soll auch die Gewinnung erzielt werden, die zur Neuschaffung dieses Instrumentes verhilft könnte. In den deutschen Kriegervereinen, in den jugendlichen Sportverbänden wurde der Geist von diesem Geist auf- und großgezogen. Moral der Entente: in den deutschen Kriegervereinen und Sportverbänden darf künftig keine Aktion vorgenommen werden, welche die entpönten Segel des Militarismus wieder aufzurichten und ihnen frischen Wind zuführen beabsichtigt wäre. Diese Erziehungsarbeit dauert fort nach einer Anglimmung und als solche wirkt sie fort. Sollte ihre Durchführung obendrein einer bedächtigen Bürokratie überantwortet werden, so dürften ersehnte Zwischenfälle uns zuweisen die Härte der Bestimmungen milder schmerzhaft empfinden lassen.

Ueber diese Entwaffnungsforderungen sind unsere nationalpolitischen Parteien rein aus dem Häuschen geraten. Das ist kein Wunder. Ihre Welt, ihre ganze Welt der Träume und Annahmen ist zusammengebrochen. Es ist vorbei, endgültig vorbei mit dem Speen, das Deutschland über alles in eine geographische Weltlichkeit umzuformen. Es ist vorbei, ebenso endgültig vorbei mit der Monopolstellung des Militarismus gegenüber der Bevölkerung. Für die deutschen Nationalisten ist tatsächlich eine Welt zusammengebrochen.

Wir sind froh, daß die Regierung dieser Ententeforderungen mit einem Vorbehalt zugestimmt hat, der an dem Kernpunkt der Ententemilitarisierung nichts ändert. Wir geben voran, andere werden folgen. Der Tag des Militarismus neigt sich dem Abend zu.

Es wird kaum einen französischen oder englischen Politiker geben, der nun noch die oft abgegebene Versicherung wiederholen wird, in Deutschland hat sich an maßgebender Stelle im militärischen Charakter nichts geändert. Von unseren Kommunisten und einem großen Teil der Unabhängigen darf man dieses Zugeständnis kaum erwarten. Die sind im Grunde genau so nationalistisch wie Robert Law und Konstantin, nur sind sie nicht deutsch, sondern internationalistisch. Es ist geradezu selbsthaft, wie sie vor dem Militarismus der siegreichen Westmächte stehen. Sie reden und schreiben viel, sehr viel vom Massenwächter Hindenburg und Ludendorff. Logisch stimmt das ja nicht, aber etwas wie eine antänliche Stimmung könnte mancherin dahinter stehen. Aber ein paar Reilen oder ein paar Atemzüge später schreiben oder reden sie von dem „väterlichen Reich“, von dem „heiligen Reich“ und erstehen vor ihnen in derselben Gestalt wie unsere Hinterlandshelden vor Hindenburg und Ludendorff. Als ob jene nicht Geist von demselben Geist wären, als ob jene nicht ebenso rücksichtslose Menschenverderber, nicht ebenso geringe Länderverächter, nicht dieselben Kommandoführer des Systems schneidiger Reichshindernisse wären, wie diese. Es geht den Unabhängigen und Kommunisten in puncto Kapitalismus genau so. Nur dem deutschen Kapitalismus gehen sie an den Leib, zu allem, was Clemenceau besteht, zugunsten eines konzentrierten Westkapitalismus, sagen sie ja und ströhen ihr Publikum mit Versprechungen von der Weltrevolution, an die sie beim Willen zu ein paar Minuten Besinnung unmöglich noch glauben können.

Die territorialen Gegenorschläge unserer Delegation beruhen, aus dem künftigen Deutschland ein geographisch-politisch mögliches Gebilde zu machen. Das ist es nicht, wenn es so wird, wie die Verästelten Kolonialisten einreden beschließen haben. Ein Deutschland, abgetrennt von Rußland und damit seiner natürlichen Bestimmung beraubt, den wirtschaftlichen Mitteln zwischen Ost und West zu machen, ist kein natürliches Gebilde. Und noch unnatürlicher, ein in aller bisherigen Geschichte nicht dagewesener Vorang ist es, Deutschlands Gebietszelle abzutrennen und die Rumpfstücke einem Diktator zu überlassen, in dem sie nicht leben und nicht sterben können. Das ist vor allem im Osten der Fall. Der polnische Großstaat hört sich als rechter Wirtsausrunder ins Fleisch der deutschen Landesteile ein und läßt ihnen keine Kraft zur wirtschaftlichen Entfaltung, abgesehen davon, daß die Vereinerung Polens mit deutschen Gebiet die Wirtschaftsfähigkeit ohnehin unter das Minimum sinken läßt.

Polen als Großstaat hat eine abwechslungsreiche Geschichte hinter sich. Es fehlt dieser nicht an tragischer Bedeutung, wenn auch die Tragik viel auf Mißverständnis des zur Staatsbekämpfung gewordenen Volkes beruht. Jetzt kommt auf

Geheiß der Entente ein neues Element hinzu: die Romik. So wie Polen nach dem Vorschlag des bisherigen Verästelten Urteils bestehen soll, wirkt es nur lächerlich. Ein Volk, das nun über 120 Jahre von drei fremdländischen Bevölkerungen durchsetzt ist, soll ein einziges Volk werden, nachdem es dazwischen als h a m o g e n e s G e b i l d e zu Grunde ging an der Unmöglichkeit, zwischen gewaltigen Meiden zu bestehen. Und diese Aufgabe soll es bewältigen, nachdem es sich durch Angliederung deutscher Landesteile den Fluch einer Irredenta zugezogen hat, der die Welt erst kennen wird, was eine richtige Irredenta ist. Die Gegenorschläge unserer Delegation versuchen, die großpolitischen Bestrebungen mit dem Selbstbestimmungsrecht der davon betroffenen Bevölkerung abzuwehren. Es wird sich ja bald entscheiden, ob und wie weit die Verästelten Konferenz bereit ist, den erbitterten Kolonialimperialismus bis auf das Maß des erträglichen Völkergemeinschaftens einzudämmen.

Rund 100 Milliarden in Goldwerten will die deutsche Friedenskommission als Kriegsschädigung zinstres bewilligen. Eine nette, runde Summe, die uns heute deshalb nicht mehr so abenteuerrich hoch vorkommt, weil wir uns im Krieges an astronomische Zahlenverhältnisse gewöhnt haben. Der Vorteil dieses Zugeständnisses gegen die finanziellen Forderungen der Entente besteht darin, daß wir ihre unheimlichen Ansprüche in eine feste Größe verwandeln. Wir wissen, wie wir daran sind und können unsere Wirtschaft danach einrichten. Freilich ein Problem für Giganten der Finanzwelt wird es sein, diese 100 Milliarden als Auslandskredit abzuführen heranzuwirtschaften, da wir im Ausland selbst mit einem an unser Gesamtvermögen grenzenden Kapital verhandeln sind.

Nun hat die Entente das Wort. Auch der Satz eines Clemenceau wird die opferwillige Bereitschaft anerkennen, mit der wir verlässigen Schaden gut machen wollen. Tut er das nicht, stellen die Herren von Versailles weitere Ausweitungsforderungen, so werden wir diese wohl auch unterzeichnen. Dann aber ohne Übernahme moralischer Verantwortung! Die Zukunft der Menschheit wird dann aber in einem Maße vergiftet und veräppelt sein, daß die Wälder der Welt sich einander vor Gäh, Weid, Nachdruck und Weigern, sich bei erster Gelegenheit die Gurgel abzuräumen, nicht mehr ausstrahlen werden. Die Geschichte ist jetzt an einen entscheidenden Wendepunkt getreten.

finanziellen Abschnitte des Vertrages zu revidieren, falls die Deutschen beweisen, daß sie bessere Vorschläge machen können. Die englische Delegation ist in zwei gleiche Teile gespalten, der eine Teil wird von Lloyd George geführt, und wünscht auf dem Vertrag zu bestehen, während der andere Teil eine etwas verständlichere Haltung gegenüber dem Feind und Revidierung derjenigen Teile des Vertrages wünscht, welche ohne Opferung wesentlicher Grundzüge abgeändert werden können. Die französische Delegation ist durchaus für Ablehnung jeder Sonderung. Japaner und Italiener erklären, diese ganzen Fragen regeln zu lassen, ohne selbst Einmischung zu machen. Belgien schließt sich dem französischen Gesichtspunkte an.

Die französische Presse.

Paris, 31. Mai. Agence Havas. Die Zeitungen sind einstimmig der Meinung, daß die deutschen Gegenorschläge einen Versuch bilden, moralisch und materiell den Folgen des Krieges zu entweichen. Sie konstatieren, daß man den Eindruck habe, die Deutschen möchten mündliche Verhandlungen anbahnen. Die Zeitungen bemerken dazu, daß die Entente im Voraus auf diesen Versuch geantwortet habe und daß sie nicht darauf eingehen werde. Der „Matin“ ist der Überzeugung, daß die gegenwärtige deutsche Regierung nach diesen Vorschlägen die Bedingungen der Entente nicht unterzeichnen könne, ohne gründlich umgestaltet zu sein. Berichten aus amerikanischen Quellen zufolge, soll die Entente zu wichtigen Änderungen bereit sein. Der „Matin“ glaubt aber nicht daran. Dieser Vertrag gibt uns schon zu wenig Sicherheit. Ihn nach den deutschen Vorschlägen umzuändern, wäre Wahnsinn.

Die „Humanité“ erklärt, daß es nicht genüge, wenn ein Volk seine Regierung verfolge, um sich von der Verantwortlichkeit frei zu machen. Es ist unzulässig, daß Deutschland die Verantwortlichkeit für die Taten des kaiserlichen Regimes abwälzt. Die Zeitungen sind empört über die Klausel der deutschen Gegenorschläge, die die Auslieferung des Kaisers und der am Krieg verantwortlichen Personen verweigert. Diese Klausel bedeutet die Solidarität der jetzigen Regierung mit dem früheren Regime.

Die Stimmung in Italien.

Bern, 31. Mai. Die katholische „Italia“ enthält die deutschen Gegenorschläge und bringt Ausführungen ihres römischen Korrespondenten. Die deutschen Gegenorschläge können sich zwar vielleicht nicht juristisch aber wohl moralisch auf Wilson berufen. Der gesunde Teil der öffentlichen Meinung Italiens und der angelsächsischen Welt hat sich gegen den Versailles Entwurf ausgesprochen. Man steht dabei vor den seltenen Phänomenen, daß infolge dieser Politik eine gewisse Deutschfreundlichkeit, die allerdings wenigens Deutschland, als dem verletzten Recht gelte, zu einem allgemeinen Prinzip geworden sei. Die Ablehnung der deutschen Gegenorschläge sei wahrheitsgemäß. Es gäbe aber heute niemand, der nicht sehe, daß in dem Augenblick, wo sich den Befehl zum Einrücken gibt, der Anfang des Bankrotts der Verbündeten-Politik da ist. Die Revision des Vertrages wird daher in der ganzen Welt verlangt.

Besprechungen in Rom.

Bern, 31. Mai. Agence Havas. „Avanti“ zufolge fanden gestern in Rom Besprechungen zwischen Medonaid und anderen englischen Sozialisten, sowie der gesamten Parteileitung der Sozialisten Italiens statt. Die Beratungen werden in einigen Tagen in Mailand im Beisein einer französischen Sozialistendelegation unter Longuet fortgesetzt.

Die neue bayerische Regierung.

Bamberg, 31. Mai. In der heutigen öffentlichen Sitzung des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident Hoffmann die Erklärung ab, daß er in vollem Einverständnis mit seinen Kollegen sein Mandat als Ministerpräsident in die Hände des Landtages zurücklege. Der Schritt erfolge, um die Bildung einer Regierung auf breiterer Grundlage zu ermöglichen und den Landtag wieder in seine vollen Rechte einzuführen. Die Sitzung wurde darauf auf Vorschlag des Präsidenten Schmitt auf eine Stunde unterbrochen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, sich über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. In der darauf stattfindenden Sitzung zur Vornahme der Wahl wurde Ministerpräsident Hoffmann zum Vorsitzenden des Ministeriums wiedergewählt. Der Ministerpräsident verlas sodann die Liste der Mitglieder der neuen Regierung. Die Mitglieder des neuen Kabinetts verteilten sich folgendermaßen: Hausherr und Kuntz und zugleich Vorsitz Hoffmann (Soz.), Inneres Segib (Soz.), soziale Pirjorge Endre (Soz.), Verkehr Frauendorfer (Radikaler), Landwirtschaft Freuberg (bav. Volksp., Zentrum), Handel Hamm (Radikaler), Militär Schneppenhorst (Soz.), Finanzen Speck (bav. Volksp.) und Justiz Dr. Müller (Demokrat).

Die Aktion gegen die Ukraine.

Wien, 31. Mai. Der ukrainische Pressedienst meldet: Während die Polen mit den Gallischen Truppen vorrückten, hat Rumänien an die ukrainische Regierung ein Ultimatum gerichtet, worin es die Befreiung des ukrainischen Gebietes von Kolomea und Stanislaw ankündigt und die ukrainische Regierung auffordert, keinen besagten Widerstand zu leisten. Die ukrainische Regierung beschloß, gegen die neue türkische Vergewaltigung den Kampf bis zum Aussterben zu führen. Die von der Regierung angeordnete allgemeine Mobilisierung ist von großem Erfolg begleitet. Die ukrainische Offensiv gegen die Bolschewisten schreitet fort. Der Eisenbahnknotenpunkt Brojurov wurde genommen.

Versailles.

Prüfung der deutschen Gegenorschläge.

L.A. Bern, 31. Mai. Wie der Vertreter der L.A. von ant unrichtiger Seite erzählt, hat die neue Note mit den Gegenorschlägen bei den Alliierten einen weit größeren Eindruck gemacht, als offiziell zugegeben wird. Es kann bereits im Augenblick mit einiger Gewißheit gesagt werden, daß sich der Vierterat zu nicht unbedeutenden Veränderungen des alliierten Vertragsentwurfs herbeilassen wird. Bindende Entschlüsse konnten bisher noch dieser Richtung nicht gefaßt werden, da die Alliierten erst zu einer eingehenden Prüfung der deutschen Gegenorschläge schreiten müssen, die einige Tage in Anspruch nehmen wird. Nimmhin ist eine nicht unbeträchtliche Strömung unter den Alliierten festzustellen, die Deutschland nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch hinsichtlich der territorialen Fragen äußerst entgegenkommt. Es verlautet bereits, daß in Bezug auf Oberirdischen Besprechungen geführt werden, dagegen dürfte eine Änderung in der Haltung der Alliierten in der Frage der Zukunft des deutschen Kolonialreiches nicht zu erwarten sein.

L.A. Haag, 31. Mai. (Nachricht der Telegrammen-Kompagnie.) Aus Paris wird gemeldet: Ob weitere Verhandlungen mit Deutschland gepflogen werden, hängt davon ab, daß Deutschland endgültig erklärt, ob es unterzeichnen will oder nicht. Diese Frage wird Deutschland 48 Stunden, nachdem die Alliierten ihre Antwort auf die Gegenorschläge überreicht haben, zu beantworten haben. Die deutschen Gegenorschläge wurden vorerst den verschiedenen Kommissionen der Alliierten zugestellt, die sich mit der entsprechenden Materie beschäftigen. Deren Memoranden gehen dann dem Vierterat zu, der sie für die Gegenantwort bearbeitet und vereinigt. Es hat den Anschein, als ob doch mündlich verhandelt werden könne, sofern Deutschland keine prinzipielle Erklärung zur Unterzeichnung abgegeben habe. Mit größter Bestimmtheit wird jedoch mitgeteilt, daß der Vierterat keinerlei Zugeständnisse territorialer Art oder bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund oder bezüglich der Mandatsverteilung für die deutschen Kolonien machen will. Zugeständnisse dürften sich lediglich in bezug auf die Stärke der künftigen Armee, andere Zahlungsbedingungen für die Entschädigung und betreffs Zuführung von Rohmaterialien, die in nicht für die Kriegswirtschaft arbeitenden Betrieben notwendig sind, erreichen lassen. In jedem spricht man noch von gewissen Erleichterungen auf anderen Gebieten, die aber Deutschland keine Külfungen erlauben. Man sei entschlossen, die Frage des deutschen Friedens nach der einen oder anderen Richtung jetzt umgehend zu erledigen.

L.A. Versailles, 1. Juni. Wie die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ berichtet, hat Präsident Wilson gestern beschlossen, auf keinen der im Friedensvertrage enthaltenen Grundzüge zu verzichten. Gewisse Mitglieder der amerikanischen Kommission sollen bereit sein, unwesentliche Teile der wirtschaftlichen und

Broddorff-Rangan und der deutsche Sozialismus.

Von Dr. E. Kraus, M. d. L.

Nach einer Notiz in der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. Mai 1919, Morgenblatt Nr. 395, hat Broddorff-Rangan mit einem Vertreter des Büros „Europapress“ über die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages und ihr Verhältnis zum Sozialismus gesprochen. Seine Ausführungen sind von weittragender innen- und außenpolitischer Bedeutung. Nicht nur zeigen sie, mit welcher inneren Teilnahmslosigkeit der Graf den Grundproblemen des Sozialismus gegenübersteht, sondern — und das ist im Augenblick das Allerhöchste — sie stärken die Diktaturgedanken der radikalen Unabhängigen und Spartakisten und das bedeutet im gegenwärtigen Augenblick eine nicht scharf genug zu beurteilende staatspolitische Unklugheit. Sein Gedankengang ist kurz folgender: Der Krieg hat einen großen Umwälzung in der Wirtschaft der einzelnen Völker gebracht, er hat zu neuen Wirtschaftsformen geführt, vor allem zur staatlichen Zwangsorganisation. Vor allem Deutschland war durch die Blockade gezwungen, diese staatlichen Zwangsorganisationen bis zum Ueberstehen durchzuführen. Der Friedensvertrag legt uns nun aufs neue diesen staatlichen Zwangsorganisationen auf, er zwingt uns, unsere Wirtschaft durch und durch zu verstaatlichen, zu „sozialisieren“ und damit einen nationalsozialistischen Sozialismus zu schaffen, der allein uns ermöglicht, die wirtschaftlichen Friedensbedingungen zu erfüllen. Diese Entwicklung müßte unbedingt zu einer Revolution der weltwirtschaftlichen Anschauungen führen, die doch gerade die kapitalistischen Engländer und Franzosen fürchten. Darum — ja was denn? das sagt Broddorff nicht, aber es steht zwischen den Zeilen: darum rät er der Entente den Durchbruch des vorliegenden Friedensvertrages ab, weil derselbe nicht in ihrem kapitalistischen Interesse gelegen sei. Das bedeutet aber doch nichts anderes, als daß ein Kapitalist den anderen vor dem Sozialismus, wie er ihn versteht, warnt. Mag sein, daß Broddorff es besser gemeint hat, daß er geglaubt hat, mit diesem allerdings sehr ungeschickten politischen Manöver dem deutschen Volke nützen zu können. Der Erfolg wird wahrscheinlich leider ein anderer sein.

Gehen wir auf das Einzelne näher ein: Wenn es so wäre, wie Broddorff sagt, dann hätten ja die Unabhängigen und Spartakisten Recht, wenn sie die bedingungslose Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages fordern, denn der Graf sagt es ihnen ja selbst, daß die Durchführung des Vertrages die deutsche Gemeinwirtschaft und die Weltrevolution bedeutet. Dann hätten aber auch die Entente-Sozialisten Recht, wenn sie sich für diesen Vertrag einsetzen, denn er bringt ihnen ja die Weltrevolution und damit die Befreiung des internationalen Proletariats. Aber so liegen ja die wirtschaftlichen und politischen Tatsachen gar nicht, wie sie Broddorff-Rangan in diesem naiven Manöver darstellt. Grundsätzlich redet er von dem Kampf zwischen den Anhängern der gebundenen Zwangswirtschaft und des freien Spiels der Kräfte und man höre und staune: Broddorff stellt sich prinzipiell auf den Boden des Manövertums. „Theoretisch haben ohne Frage diejenigen Recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Ländern erwarten.“ Wie kann ein Politiker, ein demokratischer Führer heute noch auf diesem Boden stehen! Dieses freie Spiel der Kräfte, das einmal so große Berechtigung hatte, als die moderne Volks- und Weltwirtschaft noch in ihren Anfängen stand, es hat doch mit der Entwicklung des modernen Industrie- und Finanzkapitals, im brutalen Völkereinsatz und wirtschaftliche Dasein schließlich zum Weltkrieg und zum Zusammenbruch geführt und mit diesem Prinzip glaubt man nun, die Welt wieder aufbauen zu können! Das wird nur die sozialistische Wirtschaftsorganisation zu Stande bringen.

Aber was ist denn Sozialismus? Broddorff stellt ihn auf eine Stufe mit der Zwangswirtschaft der staatlichen Kriegsgesellschaft und glaubt, daß in Deutschland deshalb heute der Gedanke der Gemeinwirtschaft und Sozialisierung in so weite Schichten gedrungen ist, weil es infolge des Krieges zur weitgehendsten Zwangswirtschaft verurteilt war. Also Sozialismus wäre nach seinem Sinne: Aus der Not eine Tugend machen. Vielleicht ist er das für bürgerliche

Politiker vom Schlage Broddorff-Rangan, aber nicht für uns Sozialisten. Allerdings hatten wir größte Zwangswirtschaft und werden wir sie noch lange haben müssen, angeht die der trostlosen finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Sie wird uns zugleich den Uebergang zum wahren Sozialismus bedeuten. Dieser aber ist nicht staatliche Zwangsorganisation, sondern freiwillige, bewußte, planmäßige Organisation aller volkswirtschaftlichen Kräfte auf dem Boden der Arbeit Aller für Alle. Wir sozialisieren jetzt nicht, weil wir müssen, sondern wir müssen jetzt sozialisieren, weil wir es nicht schon früher freiwillig getan haben. Nur die sozialistische Wirtschaftsorganisation ist die Wirtschaftsform, in der die ungeheuren Produktivkräfte des modernen Großkapitalismus zum Segen und nicht wie bisher zum Fluch der Menschheit werden können. Aber Broddorff sagt: „Was ist denn die Reparations-Kommission (Kommission für Wiedergutmachung) anderes als der Zwang, Deutschland gemeinwirtschaftlich zu organisieren?“ Ist das denn so? Diese Kommission, die Forderungen, die sie an uns stellen wird, sie wird uns allerdings zwingen zu verstaatlichen, den letzten öffentlichen und privaten Besitz staatlich zu erfassen. Aber wo für? Und das ist doch das Entscheidende! Für die Entente. Dieser Friedensvertrag bedeutet Verfassung unserer Wirtschaft, unserer gesamten Volkswirtschaft, unserer Arbeiterschaft an den Kapitalismus der Entente. Und darum protestieren wir gegen diesen Vertrag, darum versuchen wir bis zur letzten Stunde ihn zu mildern. Nicht weil wir — wie Broddorff-Rangan — damit den Kapitalisten der Entente einen Gefallen tun und sie damit vor dem deutschen Sozialismus bewahren wollen, sondern weil wir in Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung ein schmeckendes, echtes sozialistisches Gemeinwesen aufbauen wollen, dessen beste Früchte unser Proletariat ernten soll. Aus diesem Grunde verurteilen wir unschärfste die irreführenden Gedankengänge Broddorff-Rangans und ebenso scharf die Konsequenzen, welche die radikale Linke aus diesen Gedankengängen ziehen wird.

Gewerkschaftliches.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. In unserer Nr. vom 23. April brachten wir eine Notiz, daß wie der D. H. V. an seine Vertrauensleute bekanntgegeben habe, sich von 110.000 Mitgliedern nur 40.000 beim Verband wieder angemeldet haben. Zu dieser Notiz ging uns vom D. H. V. eine Verzichtung zu, in welcher unsere Behauptungen demontiert wurden. Da wir nicht in der Lage waren, sofort die Richtigkeit des Dementis nachzuprüfen, aber doch annehmen durften, daß es auf Wahrheit beruhe, haben wir die Verzichtung des D. H. V. an gleicher Stelle wie unsere erste Notiz veröffentlicht. Wir haben uns nun das Original des angeführten geheimen Rundschreibens verschafft und können auf Grund des Inhalts desselben unsere Behauptungen vom 23. April voll aufrecht erhalten. Die betr. Stelle des mit „Winter“ bezeichneten geheimen Rundschreibens lautet: „Ich verfolge mit größter Sorge, wie langsam wir im Verbands unsere Soldaten-Mitglieder wieder bekommen. Wir haben von 110—120.000 erst 40.000. Selbst es uns nicht, innerhalb kürzester Frist mindestens noch 40.000 hinzuzubekommen, und zwar als zahlende Mitglieder, dann ist dieses Loch nicht mehr zuzumachen. Es ist ein schwieriges Problem, unsere 100.000 Soldaten wieder zu bekommen.“ Unsere Leser können sich jetzt selbst ein Urteil bilden.

Die Gemeindevahlen.

Bulach, 1. Juni. Bei der heute stattgefundenen Gemeindevahl wurden im ganzen 667 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen: Sozialdemokratie 180, U. S. P. 49, Bürgervereinig. 140, Zentrum 298 Stimmen. Es erhalten die Sozialdemokratie 2 Sitze, die Bürgervereinig. 1 und das Zentrum 3 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 50 Prozent.

o. Von den Ettlinger Gemeindevahlen. In Nr. 121 des „Volksfreund“ berichteten wir, daß wir mit dem Ausfall der Gemeindevahlen bedrückt seien. Der „Badische Landmann“ will nun unsere Meinung, in offener und ungeduldiger Verärgerung über die Zentrumsniederlage, nicht recht gelten lassen. Er geriet mit allerlei Ausfällen und meint schließlich, „es wird eben immer dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen Räume nicht in den Himmel wachsen“. Hat die Gemeindevahl in Ettlingen nicht bewiesen, daß das Klassenwahlrecht eine himmelschreiende Ungerechtigkeit war? Und wie stände es mit dem Zentrum, wenn es die Frauen in allerlei Kooperationen nicht am Gängelbande

führte? Diese Situation möge sich das Zentrum selbst ausmalen. Wir vertrauen der Entwicklung und wissen, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. Aber auch die proletarischen Frauen werden durch das Wahlrecht, das ihnen die Revolution in den Schoß warf, zu politisch aufgeweckten Kampferinnen herangebildet, und dieses Wahlrecht wird zur furchtbaren Waffe gegen Kapitalismus und alle finsternen Mächte werden, die mit Grauen den Tag kommen sehen, an dem die breite Masse des Volkes selbständig die Geschichte leitet. In allen Körperchaften ist Freude gelegt, und wir werden beweisen, daß wir arbeiten können und wollen. An uns liegt es, das Erreichte zu halten und auszubauen, unsere Organisation zu stärken, die Arbeiterpresse zu bereichern, um so das große gesteckte Ziel zu erreichen, und den Sozialismus praktisch zu verwirklichen. An die Arbeit, nicht ruhen noch rasten! Vorwärts zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen!

Aue bei Durlach, 1. Juni. Die Wahlbeteiligung zu den Gemeindevahlen am heutigen Sonntag war diesmal etwas lebhafter, sie betrug diesmal 74,1 Proz. gegen 60 Proz. am vergangenen Sonntag. Trotz aller Kraftanstrengung des Reichsmagisches erlangen wir 5 Sitze im Gemeinderat, die Gegner 3 Sitze. Abgestimmt haben von 1505 Wahlberechtigten 1115. Davon erhielten wir 665 Stimmen, die Gegner 442. Die Gegner erhielten diesmal ein Mehr von 21 Stimmen, wir Sozialdemokraten ein Mehr von 144 Stimmen. Somit hat sich die Partei sehr gut gehalten. Jetzt gilt es auch, das Erreichte zu erhalten, dieser gute Wahlausfall muß ein neuer Ansporn zu tatkräftiger Arbeit sein. Wir sind jetzt die Hochburg der Sozialdemokratie im ganzen Bezirk und dies muß auch fernerhin so bleiben. Für die Arbeiterschaft muß es jetzt heißen: hinein in die Partei, sowie abstimmen auf die Presse und hinaus jetzt mit der sogenannten farblosen Presse, die doch weiter nichts treibt als die Verdummung der Bevölkerung.

Gröningen, 1. Juni. Da die Wahlbeteiligung zur Gemeindevahl am 3. Juni einziger Ort sein muß, findet am Dienstag, 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Linden“ eine Mitgliederversammlung des Sozialdem. Vereins statt. Die Parteigenossen müssen jetzt schon ihres Laubst adlegen, wenn ein Erfolg erzielt werden soll.

Oberrombach, 1. Juni. Bei der heutigen Gemeindevahl erzielte die sozialdemokratische Partei einen schönen Erfolg, der um so höher zu bewerten ist, als die Partei zum erstenmal bei der Gemeindevahl mit einer eigenen Liste vorging. Auf die vereinigte Bürgerpartei entfielen 232 Stimmen = 4 Sitze, auf die sozialdem. Partei 120 Stimmen = 2 Sitze. Die sozialdemokr. Gemeinderäte sind: Stefan Morlok, Opijer, und Joh. Linbenfelder IV, Badmüller.

o. Rastatt, 30. Mai. Im Gemeinderat haben die Sozialdemokraten hier 4 Sitze bekommen. Es wurden gewählt die Genossen Brenner, Kellert, Stier und Gemmer.

o. Nürten, 30. Mai. Bei der heute nachmittags von 4 bis 6 Uhr stattgefundenen Gemeindevahl erhielt die Sozialdemokratie 2, die Deutsche demokr. Partei 8 und das Zentrum 5 Sitze. Von den alten Gemeinderäten kehren nur drei wieder auf das Rathaus zurück. Von der Sozialdemokratie sind gewählt: Andreas Bierhaller, Glasmacher, Karl Kranz, Birt; von der Demokratischen Partei Franz Hubert Rott, Fabrikant, Jakob Biermann, Hauptlehrer, Emil Wed, Weinbändler; vom Zentrum Max Schäfer, Sattlermeister, Josef Rott, Wäckermeister, Josef Bösch, Schlosser, Bernhard Bäuerle, Oberwärter, Josef Stöjger, Rohrlant. Zu bebauern ist, daß keine der Parteien eine Frau in das Stadtratskollegium entsandte. Das Zentrum, das auf eine absolute Mehrheit im Stadtratsparlament rechnete, sieht sich nun 17 Gegnern von der Sozialdemokratie und 18 von der Demokratischen Partei gegenüber, jedoch die Stimme des Bürgermeisters den Ausschlag gibt. Möge nun mit den neuen Stadtratsmitgliedern auch ein neuer Geist im Rathaus einziehen und diese mit Freude und Arbeitswille ihre bevorstehenden Aufgaben lösen.

d. Zur Bürgermeisterwahl in Bretten wird uns geschrieben: In den Brettenen Zeitungen fordert die Gemeindevahlverwaltung zur Bürgermeisterwahl am nächsten Freitag, 6. Juni, auf, obwohl die Gemeindevahlen nur drei Tage vorher stattfanden. Der größte Teil der Einwohnerchaft, sowie die sozialdemokratische Partei wie die Fraktion sind der Ansicht, daß diese bei unter allen Umständen für einen so wichtigen Posten viel zu kurz ist. Allgemein ist der Eindruck hervorzuheben, daß hier eine Ueberimpfung geplant ist. Wir möchten daher gegen die Art, wie hier eine für die heilige Stadt bedeutsame Angelegenheit erledigt werden soll, entschieden Verwahrung und Protest einlegen. Die Arbeiterpartei und ihre Vertretung auf dem Rathaus werden sich ganz entschieden gegen ein solches Galoppstempo, in dem hier vorgegangen werden soll, das im geraden Gegenteil zu dem steht, wie die sonstigen Angelegenheiten auf dem hiesigen Rathaus erledigt werden. Wir verlangen daher, wohl im Einverständnis der größten Teile der Einwohnerchaft, daß der Termin für die Bürgermeisterwahl auf einen späteren Zeitpunkt verlegt und die Stelle öffentlich ausgeschrieben wird. Zu dieser Frage wird die sozialdemokratische Partei am kommenden Dienstag abends 8 Uhr im „Württemberg Hof“ in einer Mitgliederversammlung noch weitere Stellung nehmen.

Maifeiergedanken.

Ein Nachwort.

Wenn wir den Aufwand betrachten, den wir alle gebrauchen, um am Weltfeiertag ein „Fest“ zu feiern, um ihn „würdig“ begehen zu können, und wir das Fazit, das Erreichte mit diesem Aufwand messen, so kommen wir nicht drum herum, dieses Fazit als ein ziemlich lässliches zu bezeichnen. Wichtig: „important“ waren wohl trotz der üblen Laune des Wettergottes und Nord und sie mögen die Gegner einbringlich belächelt haben, ziehen lachte, all die Umzüge und Versammlungen in Stadt und Land und sie mögen die Gegner einbringlich belächelt haben, daß es aus ist mit ihrem Gewalthatertum. Wichtig ist aber auch, daß in vielen Fällen das fehlte, was die Maifeiern zu einer Erhebung und Erbauung des inneren Menschen auslösenden kann. Es gab solche; daß läßt sich an der Hand der Berichte feststellen. Was Baden-Württemberg leistete, muß musterhaft gewesen sein und es ist den Genossen dort als Mahnbeispiel anzurufen, daß sie ernstliche Feste, würdig einer kühneren Zeit, zu feiern versuchen. Aber solche Fälle bilden die Ausnahmen.

Wiel von dem, was ein Fest erst zu einem Fest gestaltet, hängt von dem Ort, wo es gefeiert wird, ab. Darin ist nun Baden-Württemberg ja besonders mit Gluckfällen bedacht. Aber überall läßt sich mit einigem guten Willen ein Ort, ein Raum finden, der das Herz erfüllt mit Würdegedanken. Forstheim wurde durch die Not gezwungen, einen Weg zu gehen, den jeder, auch die kleinste Gemeinde gehen kann. Die Genossen sind in die Kirche gegangen. Dort oder in Gottes freier Natur ist der Weg, wo die wechselläufige Stimmung dem Herzen der Festfeiernden sich entringt. Die Geistlichen haben die Kirchen während der Wochen durch das Hineintragen gewöhnlicher Maßstäbe ins „Gotteshaus“ dies zur „Mähergrube“, zum „Stimmenhaderpöbel“ entwürdigt. Wir Proletarier tragen zu einer Entfaltung der Proletarier bei, wenn wir die Gottesdienste zur Stille unserer schönsten Feiertage bestimmen. Sollten sich gewisse Geistesgegenstände widerlegen, so werden wir, die wir nicht nur ideal Anteil an dem Gottesdienste haben, indem wir noch Glieder der Kirchengemeinde

sind, sondern auch als solche durch Zahlung der Kirchengemeindebesteuern aus materiellen Gründen daran interessiert sind, was in der Kirche geschieht, so zu prüfen wissen müssen, daß solche verlockten Natursituationen etwa zugänglicher werden. In den Großstädten freilich gibt es noch andere Räume, die eben der Bestimmung Rechnung zu tragen verstehen, wie etwa das Foyer der Kirche. In solchen Räumen fällt vor allem die stimmungsbildende Mauerwerk und Kneipe in Wegfall. Der kulturbewusste Arbeiter muß lernen, überall da, wo er gewissermaßen mit sich selbst Kunst, Ausdruckskultur treibt, dem Alkohol und dem Malvol zu entsagen. Das schreibe ich nicht etwa als Bespöner solcher „Genüsse“, sondern nur deshalb, weil ich zu hundertmalen die Beobachtung gemacht, daß durch Rauch und Bier die Stimmung futsch ist. Machen wir die Kirche zum Volkshaus und tagen in ihr, so ist schon für die Entfaltung der Massen von Nikotin und Alkohol gesorgt. Wir wollen doch die Stimmungsgenossen zu Höhenmächten gestalten, soweit dies nur angeht. Söhnenmächten aber schenken aus verschiedenen Gründen diesen Lastern nicht. Wenigstens nicht in heiligen Stunden.

Wiel hängt auch ab von dem Gebotenen. Ist dies nicht künstlerisch auf der Höhe, so ist sein Wert auch als Feiertagsgestein; es wird nicht erheben auf die Massenbewegung einwirken, sondern in die Niederungen minderwertiger Ethik sinken. Man denke an die Exzesse, die bürgerliche Festlichkeiten nach Festtagen (Kaisergeburtstagsfesten) im Gefolge hatten. Ein Programm, das bewirkt werden soll in einem Raum, der zur Bestimmung zwingt, wird schon so aufgestellt werden, daß es mehr oder weniger künstlerisch ist. In einem solchen Programm würden zunächst weitaus alle unzureichend und sonstigen sportlichen Darbietungen. Ich kann mir zwar auch den sportlichen Teil eines Programms künstlerisch denken. Die Form des Reigens, an dem übrigens keine Teilnehmer sich beteiligen, würde dem nahe kommen. Ich könnte mir sogar diese Form in der Kirche vorstellbar denken. Ist doch Tanz und Reigen Feiertag, geboren aus Reigebien und Ausdruck des Reigebien, wenn sie sind, was sie sein sollen: Kunst und nicht Sportleistung und sinnentzwei-

des Niederschneitern. Hier freilich ist noch ein großes Bekämpfungsfeld für Künstler. Sie haben noch Gewaltiges zu leisten auf dem Gebiete der Körperkultur, bis der Arbeiter geht auf ihr herausgeholt und entfernt ist. Bis dahin möge eine Verkopplung mit dem Wort- und Tonkünstlerischen im Festprogramm unterlassen werden und das Sportliche, deren Schaustellung nicht unterlassen werden braucht, aber getrennt, losgelöst vom künstlerischen Teil des Programms, an anderem Ort (Wiese, im Turnsaal) u. zu anderer Zeit, vielleicht morgens gezeigt werden, während der andere auf die Seele einwirkende Teil mittags oder abends „abgewickelt“ werden möge.

Aber auch in diesem Teil des Programms ist viel, was die Bestimmung nicht aufkommen läßt oder sie gar erlöset, wo sie vorhanden wäre. Wenn z. B. ein Chorleiter, von dem ich weiß, daß er Musiker von Qualität sein will, aus irgendwelchen Gründen duldet, daß das Programm als „Ganzstücke“ Schundmusikstücke aufweist, wie z. B. „Das Herz am Rhein“, das „Muttergebirg“ oder Lieberteleien, wie des schmalzig-süßliche „Mutterlegen“, so ist dies Nachgeben des sich doch als Künstler wühlenden Dirigenten an den Ungeheuer der ungebildeten Sänger doch unentbehrlich. Ich weiß wohl, es kostet einen starken Willensaufwand, gerade die im Schundmusikstil sich wühlenden Männerchorleiter (warum denn gerade nur Männerchor?) von dem Unwert der von ihnen bevorzugten schmalzigen Favoritenlieder und Chöre zu überzeugen. Das alte régime hatte auch in dieser Beziehung ungeheuer viel auf dem Herdoh; es hat die Massen auch auf dem Gebiet der Kunst an Surrogate gewöhnt und den gefunden Sinn für Wertvolles, um sie nicht nach ihm begehrt zu machen, systematisch erlöset. Er hatte die Kunst zur Hure des Kapitalismus gemacht (wie ers eben auch mit der Religion gemacht hat). Da müssen nun doch besonders die Dirigenten der Arbeitergesangsvereine, die wirklich Musiknaturen sind, auch Männer sein und der Kunstfertigkeit der Arbeiterkämpfer ein energisches veto entgegenzusetzen und ihren ganzen Einfluß aufwenden, auch die Musikleiter unter den Arbeitergesangsvereinsdirigenten (Rehrer etc.) zu dieser Feste gegen den Ungeheuer aufzurufen bzw. sie durch Bestandspulung befähigen, dagegen anaukämpfen.

Die neuen Steuern in Frankreich.

Paris, 28. Mai. Der Finanzminister Klotz legte gestern der Kammer Steuerentwürfe über 1280 Millionen Steuern vor: nämlich neue Steuern auf Wein, Kaffee, Zucker, Mineralwasser, Gas und Elektrizität mit 503 Millionen, Erhöhung des Tabakpreises von 40 Proz. gegenüber dem Preis von 1914 mit 150 Millionen, des Verkaufspreises für Zündhölzer mit 15 Millionen, eine Registriersteuer mit 170 Millionen, Zölle mit 200 Millionen, Strafen gegen Steuerhinterzieher mit 242 Millionen, insgesamt 1280 Millionen Franken. Ferner kündigte der Finanzminister an, daß er in einigen Tagen eine Vorlage einbringen werde, welche die Erbschaftsteuer erhöht und einen Steuerzuschlag auf alle Einkommen über 10 000 Franken, welche seit 1915 aufgenommen haben, festsetzt und ein Monopol auf Benzol und Petroleum einführt.

Klotz begründete seine Vorlage mit der dringlichen Notwendigkeit, das Budget zu balancieren. Frankreich müsse heute noch Opfer bringen und den Bundesgenossen zeigen, daß es den Ernst der finanziellen Lage erkenne. Klotz deutete an, daß er demnächst auch eine neue Anleihe ausgeben werde. — Die Kammer begann sofort mit der Erörterung der neuen Steuerprojekte und nahm eine Erhöhung des Tabakpreises mit 362 gegen 130 Stimmen an. Die Erhöhung des Zündhölzlerpreises war von der Kammer bereits gestern angenommen.

Im Senat legte Klotz ebenfalls gestern nachmittags seine Finanzpolitik dar und hob hervor, daß die Erhöhung der Steuern notwendig sei. Er wies darauf hin, das Einkommensteuergesetz nach Möglichkeit herabzusetzen, das in diesem Jahre ungefähr 4 Milliarden betragen werde. Es sei also mit einer Preiserhöhung zu rechnen. Zur großen Überraschung erklärte Klotz, daß das Budget für 1919 über 18 Milliarden betragen werde, nicht 20 1/2 Milliarden, wie man bisher erwartet habe. Die Einkünfte aus den Steuern und Monopolen seien mit 9 Milliarden zu veranschlagen. Er hoffe, daß die Wiederannahme der wirtschaftlichen Tätigkeit auch in den besetzten Gebieten sowie die Rückkehr Kriegs-Verwundeten an Frankreich wenigstens zwei weitere Milliarden Franken aufzubringen gestatten werde. Klotz erinnerte daran, daß die im Kriege gezahlten Prämien an die Kriegsteilnehmer dem Staate jährlich 5 Milliarden gekostet hätten. — (Vor einiger Zeit hat man über eine großspürige Aeußerung des Herrn Klotz gelesen in dem Sinne, daß er es vorziehe, sich entschließen zu lassen, die neue Steuerentwürfe vorzulegen, bevor die deutschen Kriegsschulden bezahlt seien. Herr Klotz hat sich inzwischen die Sache in gewissem Maße anders überlegt. D. Red.)

Baden.

Die Verfassung des Abg. Gen. Maier

Der Landeskommissar von Mannheim läßt die Richtung erkennen, welche die neue Regierung bei der Handhabung der Verwaltungsgeschäfte einzuschlagen gedenkt. Sie will sich nicht mehr von dem alten Geist des Bürokratismus und Schematismus und auf verantwortliche Posten Leute stellen, welche auch in politischer Beziehung das Vertrauen weiter Kreise politisch denkender Staatsbürger genießen. Neben den jetzt innerhalb der Regierung wirkenden Staatsräten, die befanntlich den politischen Parteien des Landes Baden, welche die Koalitionsregierung bilden, entnommen sind, sollen künftig mehr wie bisher auch die Landeskommissariate politische Verwaltungsposten der Regierung sein. Daß dies für die Methode, wie regiert wird, von Belang ist, leuchtet ohne weiteres ein.

Es scheint uns auch, daß in dem Abg. Gen. Maier der richtige Mann für das Mannheimer Kommissariat gefunden worden ist: er war von 1904 bis 1908 Redakteur der Mannheimer Volksstimme und galt innerhalb unserer Partei stets als ein guter Taktiker, besonders auf dem Gebiete der Gemeindepolitik. Bei und nach der Revolution erwarb er sich das Vertrauen der Arbeiterräte in hohem Maße, jedoch er in die Landeszentrale der A.-u.-S.-Wärte berufen wurde.

Aber nicht nur Schundmusik — ich möchte auch noch auf sogenannte Feuertrommeln und dergleichen niedrigen Instinkten dienenden „Kunst“-Institutionen hinweisen — auch die Schundliteratur macht sich bei solchen Feiern breit und macht die Feier mehr zu einer Komödie oder Sanktursiade, als zu einer hehren, Selbstbefähigung erzeugenden Weise. Die Auswahl der Regitationen (Gedichte, Dramenbrüche) überlasse man wirklichen Kennern. In vielen Orten sind jetzt sozialistische Redner. Dies sind durchweg Leute, die auf literarischen Gebiete Kenntnisse besitzen. Man ziehe diese Leute zur Mitarbeit in den Programm-Kommissionen bei. Aber auch diesen Leuten muß man ein „Wort her“ zurufen, damit sie unerschrocken in ihren Forderungen nach Ordnung und Weisheit in literarischen Sachen stehen und selbst dem ungeliebtesten Drängen etwelcher Genossen nach nicht nachgeben.

In Städten hat es ja genügend Musik- und Literaturkennner unter den Genossen. Aber selbst da finden wir Mängelprogramme, die alles andere als wirdevoll sind. Es gelten meine Mahnungen nicht nur den Ortsvereinen auf dem Lande, sie sind auch an die in den Städten gerichteten. Vor mir liegt ein Programm mit 17 (!!) Nummern. Außer der der Festrede gewidmeten nur einer Linie Nummer dieses Programms und das war der Wismannsche Chor „Lied Kolon“. 15 Nummern waren z. T. sogar entwürdigende und bedeuteten verpuffte Kräftevergeudung.

Wort und Ton werden also gar oft in mißbräuchlicher Weise bei den Märschen verwendet. Rime und Farbe jedoch werden meist gar nicht zur Geltung gebracht, obwohl auch sie in geschmackvoller und gesinnungserheblicher Beziehung einen großen Wirkungsfähig sind, wie ein Stimmung erzeugender Rhythmus und nicht minder stellt da noch viel gegenwärtiges Wirken in Aussicht. Berater darf aber nur der echte Künstler, nicht der Banale oder der inarte Geschäftsmann sein, wenn dieser Segen Wahrheit werden soll. In den mit zur Verfügung stehenden Programmen vermisse ich auch die innerliche Einseitigkeit. Sie sind zum Teil noch dem äußeren Grundriss angelehnt, jedem etwas zu bringen; in Wirklichkeit bringen sie aber dadurch gar nichts. Die Programme sind durch die Bank ein Kraut- und Rübenprogramm von Klatsch und Surren.

Die Märsche soll uns aus den Schwächen des Märsches herausheben. Sie tut es ganz aber nur, wenn die hier gerügten Mängel abgestellt werden. Sie stellt dadurch nicht nur den einzelnen aktiven oder passiven Teilnehmer auf höhere künstlerisches und dadurch auch sittliches Niveau, sondern steigert auch den Gesamtwert der Partei in den Augen der außerhalb ihr Stehenden. Ist also dann auch antwortlich ein gar nicht hoch genug zu veranschlagender Moment im öffentlichen und Parteileben.

Prim.

Die sozialdem. Landtagsfraktion wählte ihn zu ihrem 2. Vorsitzenden und der Landtag zum Vizepräsidenten an die Stelle des in die Regierung berufenen Gen. Kemmele. Man darf also erwarten, daß er sich auf dem neuen und schwierigen Posten bewähren wird. Vor allem kann davon keine Rede sein, daß es sich um Vetterleswirtschaft handelt, wie die rechtsnationalistische Seidberger Zeitung sich in ihrer Sonntagsnummer in recht geschmackloser Weise auszudrücken beliebt. Gerade die Kreise, welche die Seidberger Zeitung vertritt, haben am allerwenigsten Ursache, von Vetterleswirtschaft zu reden, denn sie haben in der nationalliberalen Wera in Baden auf diesem Gebiete ganz Erfreuliches geleistet. Wenn man gegenwärtig das Mannheimer Kommissariat einem ihrer Parteigänger ausliefern, dann könnte man Dinge erleben, gegen welche die bisherigen politischen Vorgänge in Mannheim ein Kinderpiel gewesen sind. Darüber sollte sich das Seidberger Blatt nicht einen Augenblick im unklaren sein.

Die Ausgleichszulage an die Staatsbeamten. Da in den Kreisen der Beamtenschaft des Landes eine Verunruhigung darüber entstanden ist, als ob die Regierung beabsichtige, die Erhöhung einer Ausgleichszulage an die Beamten, die mit der Erledigung der Tarifvorlage der Eisenbahnarbeiter notwendigerweise verknüpft ist, zu verschleppen, wird in der Karlsruher Zeitung amtlich erklärt, daß die Regierung ihr Wort einlösen und dem Landtag rechtzeitig eine diesbezügliche Vorlage machen werde. Mit dem 5. Nachtrag zum Staatshaushalt werden auch die Mittel für die notwendigen Mehraufwendungen für die badische Beamtenchaft angefordert werden.

Die Regelung des Fremdenverkehrs in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern nach eingehender Beratung mit dem landständischen Erntungsbeirat beschließen hat, den Fremdenverkehr entsprechend den früheren Bestimmungen auch in diesem Jahr wieder zuzulassen. Die Kommunalverbände sind aber ermächtigt worden, zum Schutz der Ernährung der einheimischen Bevölkerung, den Fremdenverkehr auch auf die Hauptreisezeit zu beschränken, oder, soweit es sich nicht um Heilbäder handelt, bis zum 15. Juli ganz auszuscheiden. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Versorgung der Fremden nach der bestehenden Regelung keineswegs aus dem für die einheimischen Verbraucher vorgesehenen Bedarf an den Fremdenverkehrszonen, sondern aus besonderen Zuweisungen an die Fremdenverkehrsbezirke. Die zur Befämpfung des Schleißhandels und des Hamsternehmens erlassenen Vorschriften sollen mit aller Schärfe durchgeführt werden.

Die Elektrizitätswirtschaft in Baden. In gleicher Weise wie der Oberheinische Elektrotechnische Verein in Karlsruhe, so hat auch der Elektrotechnische Verein Mannheim-Ludwigshafen als Vereinigung von Fachmännern auf allen Gebieten der Elektrotechnik sich mit dem Ausbau der Elektrizitätswirtschaft in Baden befaßt und seine Vorschläge dem bad. Landtag, sowie dem bad. Arbeitsministerium vorgelegt. In diesen Vorschlägen wird die bisherige Tätigkeit der bad. Regierung auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft, die zum Ausbau des Stromnetzes und der Landeshochspannungsleitungen geführt hat, volle Anerkennung gezollt und es wird weiter der Meinung Ausdruck gegeben, daß jetzt der Zeitpunkt sei, die weitere Entwicklung der gesamten badischen Elektrizitätswirtschaft nach einheitlichen und großzügigen Gesichtspunkten zu regeln. Hierbei sollen vor allem die Fragen des weiteren Ausbaues der Wasserkraft, der Verknüpfung aller großen Kraftwerke, der Energieversorgung von Stadt und Land und der Elektrifizierung der Staatsbahnen ins Auge gefaßt werden. Die Lösung dieser für ganz Baden lebenswichtigen Fragen sollten aber erst nach Anhören der technischen und wirtschaftlichen Sachverständigen auf diesem Gebiet in Angriff genommen werden und deshalb sollte umgebend ein Ausschuß solcher Sachverständiger aus ganz Baden gebildet und beauftragt werden.

1. Juni, 2. Juni. Zu größeren Ausstellungen kam es hier in der vergangenen Woche, als zwei Gendarmen den Ort nach Waffen durchsuchten. Als sie in einem Hause ein gewildertes kaltes Messer beschlagnahmten wollten, wurden sie von den Wirtsberatern mit dem Worte bedroht. Da sich die Einwohnerschaft auf die Seite der Wilddecker stellte und die Gendarmen beschimpfte, mußten diese unerschrockener Dinge wieder abziehen, um weitere Ausstellungen zu vermeiden.

Uffern, 30. Mai. Auf der Hornstraße erlosch gestern abend durch feuermachende Touristen ein Waldbrand, dem etwas über zwei Morgen Wald zum Opfer fielen. Das Feuer, das nicht in der Höheebene löslich war, konnte durch das Fällen von Tannen von den aus den Gebirgsorten herbeigekommenen Bewohnern eingedämmt werden.

Wiesloch, 30. Mai. In dem Rauenberger Uebergang der Rekenbach wurde ein Motorfahrer beim Ueberqueren der Gleise von einem elektrischen Motorwagen erfasst und getötet.

Der Gau Baden des deutschen Arbeiterfängerbundes hielt am gestrigen Sonntag im „Auerhahn“ in Karlsruhe seine 23. Gau-Generalversammlung ab. Vertreten waren 58 Vereine durch 88 Delegierte. Mit Befriedigung konstatierte der Bundespräsident Staatsrat Marum, daß bis jetzt bei den Arbeiterfängern die zersplitterten Bestrebungen, welche zurzeit die organisierte Arbeiterschaft durchziehen, keinen Eingang gefunden haben. Aus dem vom Gauvorsitzenden Herrle erstatteten Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes ging hervor, daß der Weltkrieg zwar auch in die Reihen der Arbeiterfänger schmerzliche Wunden gerissen habe, aber nunmehr sei man doch überall im aufbauenden Sinne tätig und die Lust und Liebe zum freien Arbeitergange überwinde alle entgegenstehenden Schwierigkeiten.

In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht wurde u. a. gewünscht, daß die Parteipresse sich der Arbeiterfänger mehr wie bisher annehme und ihre Ziele in jeder Weise fördere. Die Verschmelzungsfrage müsse ebenfalls in die Hand genommen werden. Die Mitteilung von dem am Samstag in Mannheim erfolgten Zusammenschluß der dortigen Arbeiterfängervereine — an der Zahl 20 — wurde lebhaft begrüßt.

Bei der Erledigung der Urträge wurde der Bundesbeitrag für alle aktiven Mitglieder auf 1 M pro Jahr mit Rücksicht auf die derzeitige Geldverknappung festgesetzt. Der 4. Bezirk Freiburg ist zu teilen und ein eigener Bezirk mit Sitz in S. als Vorort zu schaffen. Als Vorort wurde wieder Karlsruhe bestimmt. Die nächste Gaugeneralversammlung wird in Laß abgehalten. (Näherer Bericht folgt.)

Die Meldepflicht der Ausländer. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach jeder über 15 Jahre alte, zur Zeit sich im Lande aufhaltende Reichsausländer oder Staatenlose sich binnen fünf Tagen bei der für ihn zuständigen Ortspolizeibehörde unter Vorlegung seines Passes oder eines anderen amtlichen Ausweises persönlich anzumelden hat. Die Befolgung dieser Vorschrift wird mit fünf bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 M bestraft.

1. Das Gymnasium in Durlach. Aus Durlach wird uns geschrieben: Anfangs Dezember wurden die Räume des Durlacher Gymnasiums durch das Generalkommando des 14. Armee-Korps beschlagnahmt und die Schule selbst geschlossen. Am 26. Februar wurde die Schule wieder eröffnet und zwar so, daß die Oberklassen am Vormittag, die Unterklassen am Nachmittag unterrichtet werden; denn es stehen für Unterrichtswecke nur fünf Räume zur Verfügung, während der meiste größte Teil des

Schulgebäudes militärischen und andern Zwecken dient. Ruhte man sich früher damit abfinden, so können wir doch jetzt, wo das 14. Armee-Korps aufgelöst ist, wo die Trainabteilung nicht mehr existiert und nur noch Räumungsarbeiten zu betreiben sind, nicht einsehen, weshalb das Gebäude nicht seinen ursprünglichen Zwecken zurückgegeben wird. Wir meinen, nicht nur das Unterrichtsministerium hätte die Pflicht, eine sofortige Rückgabe und Instandsetzung des Gebäudes zu verlangen, sondern auch die Eltern der Schüler haben ein Interesse daran, daß ihre Kinder wieder einen geregelten Unterricht erhalten, nachdem dies monatelang nicht der Fall war. Die Räumungsarbeiten könnten wohl auch in den freien Räumen der Kaserne beendet werden! Wir stehen vor der heißen Jahreszeit. In dieser fällt an vielen Nachmittagen der Unterricht aus. Sollen Schüler und Eltern weiter geschädigt werden, indem erstere die meiste Unterrichtszeit verbummeln und das vorgeschriebene Penum nicht erreichen? Bildung ist Fortschritt! Wir Eltern verlangen, daß auch auf dem Gebiete der Schule keine Rückschritte gemacht werden!

Die Unteroffiziere. Wie wir hören, hat der Reichsverband deutscher aktiver Unteroffiziere in Berlin beschloffen, mit den Offizieren gemeinsame Sache zu machen und sich einem Offiziersbund anzuschließen. Bei den Unteroffizieren Badens hat dieses eigenmächtige Vorgehen der Berliner Vertretungen scharfen Protest und flammende Entrüstung hervorgerufen. Gegenwärtig findet in Freiburg eine Landesdelegiertenversammlung der Unteroffiziere statt, die sich mit dieser Angelegenheit befassen wird, ebenso wie mit dem beabsichtigten Anschluß an die freien Gewerkschaften. — Wir können nicht recht verstehen, was sich die Unteroffiziere in Berlin von einem Zusammengehen mit den Offizieren erhoffen. Es wäre Zeit, daß sich die Unteroffiziere endlich einmal für eine bestimmte politische Richtung entscheiden und nicht zwischen Sparta und Monarchie hin- und herpendeln.

Erhöhung des Bezugspreises für Zeitungen.

Baden-Baden, 31. Mai. Der Verein süddeutscher Zeitungverleger hielt hier am Donnerstag seine ordentliche Hauptversammlung ab. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die wirtschaftliche Lage des Zeitungsgewerbes, die infolge der neuerlichen rückwärtigen bis 5. Mai zu bezahlenden Lohnsteigerungen und eines auf 1. Juli einsetzenden ganz erheblichen Papierpreisaufschlags, eine allgemeine Bezugspreiserhöhung notwendig macht. Die sämtlichen badischen Zeitungen werden, wie auch die württembergischen, ihren Bezugspreis auf 1. Juli aufschlagen, und zwar die viermal wöchentlich und weniger erscheinenden Blätter um 20 %, die täglich einmal erscheinenden Blätter um 30 %, die täglich zweimal erscheinenden Blätter um 40 % monatlich mindestens.

Soziale Rundschau.

Invalidententengeld.

Zu dem in unserer Nr. 122 vom 27. Mai unter obiger Ueberschrift gebrachten Artikel geht uns von der Landesverwaltung Baden eine etwas reichlich umfangreiche geordnete Verichtigung zu, der wir folgendes tatsächliche entnehmen:

Zur Bearbeitung und Verbessehung aller Anträge stehen der L.A.A. die von der bad. Regierung übernommenen Referenten und Sekretäre zur Verfügung. Deren Zahl ist durch Staatsvoranschlag und durch den, vom Ausschuß — Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — genehmigten Voranschlag der L.A.A. festgesetzt. Zur Bewältigung des Schriftverkehrs verwendet die Anstalt wie alle Behörden im Reich hauptsächlich Militärämter, wie dies im Mannsch.-Ber.-Ges. von 1906 bestimmt ist. Durch den außerordentlich gestiegenen Geschäftsgang mußte die voranschlagsmäßige Zahl der Schreib-Beamten bereits überschritten werden, während der bad. Staat Referenten und Sekretäre nicht mehr zur Verfügung stellen kann, eine allmähliche Einarbeitung des Nachwuchses aus der Klasse der Militärämter ist aber in die Wege geleitet. Bei der Bearbeitung der Rentengeldsache wird ganz besonders bei den unvermeidlichen Rückfragen, die im Interesse der Antragsteller erfolgen müssen, auf tünlichste Beschleunigung gesehen. Wenn Verzögerungen der Besuche auf dem Wege vom Versicherten über das Bürgermeistertum und Versicherungsamt bis zur L.A.A. eintreten, so kann diese für den Zeitverlust keine Schuld treffen.

Hierzu möchten wir bemerken: Nach Einsichtnahme der umfangreichen Verichtigung selbst, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Artikel in Nr. 122 der L.A.A. wirklich unrichtig ist, wenn man bedenkt, daß man doch auch Beamte und Zeit für solche Verächtigungen haben muß, für deren Herstellung doch sicher Kräfte und Zeit erforderlich waren, die der Erledigung von mindestens 10 Rentengeldsachen entsprechen.

Was nun die Sache selbst anbelangt, so glauben wir, daß wir von der Darstellung in Nr. 122 kein Wort zurücknehmen müssen, denn Klagen über den Geschäftsbetrieb der L.A.A. sind uns seit langen Jahren bekannt.

Ob die oben bezeichnete badische Beamtenchaft die Pflege des Rentengeldes mehr oder weniger als ihre Hauptaufgabe betrachtet, ist eine Sache, die jetzt hier nicht besprochen werden soll. U. E. scheint allerdings zur Verbessehung der Rentenangelegenheit doch wesentlich mehr als gesunder Menschenverstand und sachgemäße Einarbeitung in die einschlägigen Gesetze zu gehören, denn unter dem 5. 8. 19 wird uns aus Raftatt geschrieben, daß einem Kriegsbeschädigten, dem beide Beine amputiert worden sind, die Invalidentente entzogen wurde mit der Begründung, daß er sich in seinen Zustand schon bedeutend besser gewöhnt habe!

Im übrigen aber wollen wir für heute nicht untersuchen, ob nicht doch auch unter den Militärämtern und kriegsüberlebten Kaufleuten sich geeignete Männer befinden, welche — ohne den abgeschlossenen Bildungsgang der bad. Referenten und Sekretäre — in der Lage wären, nach entsprechender Einarbeitung den in der oben bezeichneten Verichtigung näher dargelegten Mangel an geeigneten Beamten zu beseitigen und damit das erreichten helfen, was die Zeitschrift in Nr. 122 beabsichtigt, nämlich möglichst rasche Erledigung aller Gesuche der kranken und invaliden Arbeiterchaft, seien es Heilverfahren- oder Rentenansprüche.

Reichenbach, 30. Mai. Auch die Kriegserwitwen rühren sich. In einer Versammlung der Kriegserwitwen, in welcher Frau Höfger referierte, kamen so recht die Mängel des Kriegshinterlassenenfürsorge zum Vorschein. Die von der Referentin angeführten Fälle sind wirklich dazu angetan, bei den Kriegserwitwen berechtigter Empörung hervorzurufen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß wenn ein Mann schon seit 14 Monaten gefallen, bis heute noch keine Rente ausbezahlt wurde. Die gleiche Sinnigkeit ist bei der Gnadenlösung zu konstatieren. Die Referentin empfahl den Anwesenden, um die Interessen maßvoll zu vertreten, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten beizutreten, denn einzeln sei man machtlos, während eine starke Organisation viel zu erreichen imstande sei. Die Rednerin erzielte allgemeinen Beifall. In der Diskussion erklärten sich alle mit den Ausführungen einverstanden und sämtliche Anwesenden erklärten ihren Beitritt zum Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Zu wünschen wäre, wenn auch die anderen Gemeinden dem lebenswerten Beispiel der Reichenbacher und Reichenbacher Kriegserwitwen folgen würden. Aber auch die Parteigenossen sollten hier noch mehr aufklärend wirken und den Kriegserwitwen helfend beistehen.

Eröffnung des Genesungsheims der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Baden. Am Sonntag, 26. Mai, fand die Eröffnung des Genesungsheims „Waldheim“ Oehningen, Amtsbezirk Konstanz, statt. Ein stattlicher Ständer in Schweizerstil gestalteter Neubau, umgeben von reichem Laubwald und üppigem Wiesengrund bietet freien Ausblick auf die Schweizerberge. Schwierigkeiten der Grenzverhältnisse verhinderte das am 28. Juli 1916 erbaute Heim schon früher zu eröffnen. 15 Zimmer mit 28 Betten bieten den erholungsbedürftigen Kassenmitgliedern Raum. Den Terrassenbesuchern sendet die Morgensonne ihren ersten Gruß. Ausgebaute Anlagen, Feld und Obstkulturen, Bierschank und Stallgebäude, umfaßt das 5 Hektar große Anwesen. Ein Erholungsheim, wozu man die Mitglieder der Ortskrankenkasse Baden nur beglückwünschen darf.

Aus der Partei.

Vorländerkonferenz des ehemaligen 10. bad. Reichstagswahlkreises.

Einem guten Verlauf wies die gestern in der „Gähe“ in Karlsruhe stattgehabte Vorstandskonferenz des ehemaligen 10. bad. Reichstagswahlkreises auf. Die Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum bevorstehenden deutschen Parteitag und Aufstellung der Delegierten zu demselben. Gen. Hebe streifte kurz den bevorstehenden Parteitag, besonders den organisatorischen Neuaufbau unserer Partei hervor. Die Diskussion war eine sehr lebhaft; bemängelt wurde, daß den Vereinen keine Entwürfe des neuen Organisationsstatuts zugeandt wurden. Die Notwendigkeit einer Beitragsreduzierung wurde allerorts anerkannt und eine Gleichstellung der männlichen und weiblichen Mitglieder in der Beitragsfrage befürwortet. Ein Antrag an den Parteitag, den Beitrag pro Woche auf 20 Pf. für männliche und weibliche Parteimitglieder festzusetzen, wurde einstimmig angenommen, und zwar sollen davon erhalten: deutscher Parteivorstand 4 Pf., Landesvorstand 5 Pf., Kreis 6 Pf. und der Ort 5 Pf. In der Diskussion wurde auch gewünscht, daß alle Parteigenossen ihre Frauen der Partei als Mitglieder zuführen sollen.

Als Delegierte zum Parteitag werden vorgeschlagen die Genossen Hebe, Karle, Göhn, Müppert, Krüsch, Koch, Brückel und Wurm-Gogefeld. Zu wählen ist ein Delegierter und müssen deshalb 3 Namen auf dem Wahlscheit eingetragen werden. Die Wahl muß bis Mittwoch 11 Uhr bei dem Kreisamt in Karlsruhe, dem Kreisamt in Karlsruhe mitgeteilt werden.

Nachdem nach Gen. Hebe den Funktionären des bisherigen 10. Kreises für ihre geleistete Arbeit gedankt hatte, schloß er die Konferenz mit dem Wunsch, die Genossen möchten auch fernwärts der Partei sich zur Verfügung stellen.

Die Parteikonferenz des früheren 9. bad. Reichstagswahlkreises,

welche am Sonntag nachmittag im „Röven“ in Durlach tagte, war infolge des Umstandes, daß in verschiedenen Orten gleichzeitig noch Gemeinderatswahlen zu erledigen waren, nur schwach besetzt; vertreten waren die Parteibereine Pforzheim und Ettlingen mit je 4, Durlach mit 3, Gröningen mit 2 und Gernsbach, Aue, Verhagen, Diekingen, Erzingen, Gohemwetterbach, Niefern, Nöttingen, Singen, Söllingen, Weingarten und Ottenau mit je 1 Delegierten. Vom Wahlkreisvorstand waren 3 Mitglieder anwesend. Gen. Christian Horst erläuterte den Massen- und Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Parteiorganisationen namentlich wieder mangelhaft bzw. sich von den Kriegsjahren erholt haben. Wenn die Aufwärtsbewegung so weiter geht, können wir sehr wohl zurecht kommen. In die Rängen des Wahlvereins stellen die hinter uns liegenden Nationalwahlen große Anforderungen. Wenn auch die Einnahmen sehr geringen, war es doch nicht möglich, den Ortsvereinen zu den Gemeinderatswahlen Zuschüsse zu gewähren. Hinsichtlich der vom Parteitag festzusetzenden Organisationsform müsse auf alle Fälle die Bezirksvereine nach Amtsbezirken angeordnet werden, denen auch ein erheblicher Teil der Einnahmen an Beiträgen verbleiben müsse, wolle man die Agitationsfähigkeit im Blick behalten. Mit der Gründung von neuen Parteibereinen sei es nicht getan; man müsse sich fortwährend um dieselben kümmern, damit der Aufschwung nicht ins Stocken gerate. Es gelte, die Massen mit dem Sozialdemokr. Geiste zu erfüllen und zu wirklichen überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen. — In der Diskussion, an der sich die Genossen Graf-Forsberg, Stern-Gernsbach, Dahn-Aue, Meder-Söllingen, Weber-Durlach, Glunt-Etlingen und Schübelin-Pforzheim beteiligten, wurde hauptsächlich der Neuaufbau der Organisationsform besprochen. Die drei großen bad. Wahlkreise seien zu überwindlich; die Bezirksvereine, einzeln nach Amtsbezirken, seien der Zentralisation vorzuziehen, damit die Kleinarbeit nicht zu kurz komme. Die Führung mit der Masse gehe bei der Zentralisation nach Nationalwahlkreisen verloren. Von Genosse Schmidt-Pforzheim wird folgende Entschließung eingereicht, die die Versammlung einstimmig annimmt:

„Die heutige Wahlkreisorganisation des früheren 9. Reichstagswahlkreises steht auf dem Standpunkt, daß die neu gebildeten Landeskommissariatswahlbezirke zur Agitation viel zu groß sind. Eine wirkliche Agitation kann nur betrieben werden, wenn solche durch die Amtsbezirke erfolgt, die jetzt jedoch voraus, daß die letzteren an die Kreisämter abgetretenen Beiträge nun größeren Teil den einzelnen Orten bzw. den Bezirksvereinen verbleibt.“

Auch zur Stellungnahme zum deutschen Parteitag hatte Genosse Horst-Durlach das Referat, das im Hinblick auf die derzeitige Sachlage sehr kurz gehalten wurde. Nach der sehr interessanten Debatte, an der sich die Genossen Schübelin-Pforzheim, Städler-Etlingen, Jung-Ottenau, Graf-Forsberg, Hinf-Etlingen, Weber-Durlach, Glunt-Etlingen, Stern-Gernsbach und Frau Knecht-Durlach beteiligten. Die Beschlüsse, Anregungen und die eingehende Kritik wird hoffentlich gute Früchte tragen. Als Delegierter zum Parteitag in Weimar wurde Genosse Graf-Forsberg einstimmig gewählt. Ueber die Verwendung der Mittel der Kreisämter soll eine weitere Konferenz einberufen werden, wenn der Parteitag die Organisationsfrage gelöst hat. Nachdem noch effekte mit den Gemeinderatswahlen zusammenhängende Fragen besprochen und der Wunsch geäußert worden war, daß mehr wie vorher auch die Frauen zur Parteiarbeit herangezogen und in die Konferenzen einbezogen werden möchten, schloß Genosse Weber die schon verlaufene Konferenz mit dem Wunsch, daß dieselbe für die Parteibewegung gute Früchte tragen möge.

Gemeinderatswahlen in Durlach.

Durlach, 1. Juni. Wie den Mitgliefern der neugewählten Bürgerauswahlfraction bekannt ist, findet Dienstag, 3. Juni, nachmittags von 6—7 Uhr die Gemeinderatswahl statt. Zu diesem Zweck werden die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraction aufgefordert, sich um 1/2 Uhr im „Gold. Löwen“ einzufinden zu wollen und sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Jede Stimme ist notwendig.

Götterdämmerung bei den Unabhängigen.

Der aus den schwedischen Unruheherden Hamburgs wohlbekannte Radikalführer Dr. Herz macht in einer langen Erklärung in der unabhängigen sozialistischen „Hamburger Volkszeitung“ bekannt, daß er „nicht mehr imstande sei, die Verantwortung für die Politik der Unabhängigen zu übernehmen“. Die Entwicklung gehe viel langsamer vor sich, als die radikalen Seihörner annahmen. Folge dem vierjährigen Weltkrieg noch ein vierjähriger Bruderkrieg, dann werde der Sieger über ein Reichthum herrschen. Jede gewalttätige Erörterung müsse noch Möglichkeit ausgeschlossen werden. „Dieses Ergebnis kann nur durch rückhaltloses Bekenntnis zur Demokratie erreicht werden. Als politisches Herrschaftssystem kann es nicht akzeptiert werden.“ Der Erklärung des Dr. Herz schließt sich eine solche des leitenden Redakteurs Dr. Nestor an, der aus den gleichen politischen Gründen von seinem Posten zurücktritt.

4. Nacht, 2. Juni. Jugendorganisation Morgen abends 1/2 Uhr findet im „Röven“ Zusammenkunft statt. Da der Himmelsfahrtausflug soeben verlaufen ist, soll eine Pfingstwanderung besprochen werden.

4. Nacht, 30. Mai. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Wahl im 8. bad. Reichstagswahlkreis eines Delegierten zum Deutschen Parteitag erhielt Gen. Meller-Nacht 108, Gen. Rapp-Baden 285 und Gen. Müller-Deh-Diekingheim 248 Stimmen. Gen. Oskar Napp ist somit als Delegierter zum deutschen Parteitag in Weimar gewählt.

Niederbühl 2. Juni. Am Dienstag, 3. Juni, abends 10 Uhr, findet im Gasthaus zum „Storch“ hier eine wichtige Parteibersammlung statt, bei der das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen von hier wie von Jülich unbedingt erforderlich ist.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 8. Heft vom 2. Band des 87. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Räte-Idee. Von Rudolf Wissell, Reichswirtschaftsminister. — Von unserer zukünftigen Bildungsarbeit. Von Richard Woldt. — Eine Rade in unserer Parteipresse. Von Joseph Kliche. — Eine neue Form landwirtschaftlicher Großbetriebe. Von Franz Lauffstetter (Hamburg). — Literarische Rundschau: P. J. Souda, Ihr seid Menschen. Von Paul Oestreich. Karl Zimmermann, Der Hauptmann Deutschle. Von n. — Notizen: Arbeitslosigkeit in England. Frankreichs Schuldenlast.

Kommunalpolitik.

Manzellach, 28. Mai. Wenn die Kommunalverbände so häufig angegriffen werden, so entspringt dies meistens ganz berechtigten Gründen. Auch die hiesigen Verordnungsbehörden haben allen Grund zu Klagen wegen der überaus mangelhaften und ungenügenden Verpflegung. Das Brot ist seit langer Zeit klein und haltlos, also ungesund und fast ungenießbar. Kartoffeln muß man sich selbst erhaschen, ebenso Eier, natürlich zu horrenden Preisen. Feigen und Suppen sind schon monatelang nicht mehr verteilt worden. Fleisch gibt es nur alle drei Wochen 100 Gramm, man ist daher auf die Vegetation und die wenige Milch, welche letztere an Stelle von Fett auszuweisen ist, angewiesen, um sein Leben zu fristen. Gibts zufällig mal durch eine Notschlacht Fleisch, so sind Selbstverleugung die ersten, die den Verordnungsbehörden auch dieses wegzunehmen. Die Verordnungsbehörden können sich sonach auf den Hungerkessel vorbereiten und mit ansehen, wie volle Familienjude Lebensmittel täglich zum Ort hinauswandern. Der gefasene Steuerzettel aber trifft pünktlich ein, während des bei den Lebensmitteln nicht der Fall ist. Wo aber Pflichten sind, müssen auch Rechte sein. Wir verlangen von dem Kommunalverband, daß er bezüglich unserer Verpflegung mit Lebensmitteln, soweit diese uns von ihm zuteil kommen, seine Pflicht von jetzt ab erfüllt, eine weitere Verneinung dieser wichtigen Pflicht kann nicht mehr hingenommen werden, sondern müßte zu weiteren Schritten führen. Mühselig ist dringend notwendig und muß geschaffen werden.

2. Monatsfest, 29. Mai. Letzten Samstag, 24. Mai, waren die neugewählten Gemeindevorstände zur ersten Sitzung berufen worden. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme und Beschlußfassung über die Größe des zukünftigen Gemeinderats. Von unserer Seite wurde mit aller Energie gefordert, die jetzt bestehende Anzahl von 8 Gem.-R. auf 8 zu erhöhen, damit es auch der Arbeiterklasse ermöglicht ist, entsprechend ihrer Zahl im Orte im Gemeinderat vertreten zu sein. Das Zentrum sprach sich gegen unsern Antrag aus, es wurde hier auf einmal in Sozialpolitik gemacht. Es ist halt immer bei diesen Herren noch: Was trifft! Nach längerer Debatte wurde unser Antrag mit Hilfe der Demokraten und der Bürgerpartei mit 29 für und 25 gegen angenommen. Der Standpunkt des Bürgermeisters in Bezug auf die Zeit der zukünftigen Sitzungen des Gemeinderats, ließ erkennen, daß er keineswegs eine Rücksicht auf die Arbeiterklasse nehmen will. Es ist bedauerlich, daß es immer noch Leute gibt, denen der neue Geist noch wie ein Buch mit 7 Siegeln vorkommt. Hoffen wir aber, daß die jetzt zu leistende Arbeit zum Wohle und Nutzen der Allgemeinheit ausschlägt.

Kleine Nachrichten.

Spartakus in Leonberg. In Leonberg suchte die Gendarmetrie nach gestohlenen Hühnern. Statt dieser wurde ein Geheimplunderer des Spartakus-Bundes gefunden, wohl ausgestattet mit Schriftmaterial und Papier und einer kleinen Druckmaschine. Auch für einen ausreichenden Schutz durch Schutzwaffen war gesorgt. Verhaftet wurden 15000 Flugblätter an die Bayern, inhaltlich eine wahre Musterleistung von Demagogie. Die Druckerlei war schon längere Zeit im Betrieb.

Trinkgelberausstattung in Berliner Wirtschaften. Die Inhaber der großen Berliner Bierlokale erklärten sich mit 248 gegen 120 Stimmen für die endgültige Trinkgelberausstattung und damit für den neuen Reform, der am 31. Mai in Kraft tritt.

Obligatorischer Fremdsprachenunterricht in Berlin. Der Berliner Magistrat beschloß die Einführung des obligatorischen Unterrichts in der spanischen, russischen und polnischen Sprache an allen höheren Lehranstalten für Knaben und Mädchen.

Die Trauung eines „Eperestückens“. Eine peinliche Ueberraschung erlebten in Hamburg Gäste, die zu einem Hochzeitsmahls des Fürsten zu Schliengen geladen waren. Kurz bevor die Trauung vor dem Altar vollzogen wurde, trat der Kreimaischbedienter Kaming und ein zweiter Kammerdiener mit dem fürstlich schliengischen Hausorden und vielen hohen Kriegszuschüssen geschmückten Wärfen heran und wieselte

mit diesem einige Worte. Das kurze Interdum war schnell vorüber, und Herr Pastor Clausen vollzog die Trauung. Als später die Hochzeitsgesellschaft bei der Tafel saß, erschienen die Beamten abermals und verhafteten den Fürsten; denn dieser war nur ein gewöhnlicher Unteroffizier namens Jentich, der als Hochstapler erfolgreiche Debuts absolviert hatte. Unter anderem hat er die Intendantur um 50000 M geprellt. — Da der Hochstapler unter falschem Namen mit dem Fräulein S. getraut worden ist, dürfte die Ehe ungültig sein. Die beiden Traugeugen des „Fürsten“, zwei Sängler von der Volkoper, hatten dem Bräutigam ein fürstliches Geschenk, eine goldene Uhr im Werte von 1200 M, erhalten. Die Ausweispapiere des „Fürsten zu Schliengen“, lautend auf Siegfried Gamaunt Fürst zu Schliengen, Oberleutnant vom Baltensland, dem rechtmäßigen Besitzer, der vermutlich im Felde gefallen ist, müssen gestohlen worden sein.

Gerichtszeitung.

Unverheerlich. Der Kaufmann Franz Barth aus Stuttgart war aus dem Buchhaus in Ludwigsbafen durchgebrannt, wo er wegen schwerer Diebstähle eine Strafe von 8 Jahren zu verbüßen hatte. Aufgrund falscher Papiere erhielt er in Karlsruhe im Ständehaus eine Anstellung als Hilfsbeizler. Trotzdem er eine ausförmliche Bezahung hatte, machte er wiederum verschiedene Einbruchdiebstähle und eignete sich dabei Schmuckgegenstände und anderes an. Die Strafammer verurteilte den unverheerlichen Dieb deshalb zu 4 Jahren Zuchthaus und wegen falscher Namensangabe zu 2 Wochen Haft.

Letzte Nachrichten.

Plakatputsch im Rheinland.

W.D. Götting, 2. Juni. Gestern früh erschien hier aus Wiesbaden kommend ein Automobil, dessen Insassen in angelegtem amtlichen Auftrage des französischen Kommandanten von Wiesbaden eine große Anzahl von Plakaten brachte, auf denen die gestern erfolgte Ausrufung der altnassauischen Republik in Wiesbaden, der rheinischen Republik in Koblenz und der pfälzischen Republik in Speyer verhandelt wurde. Die Plakate sollten öffentlich angeheftet werden; da die hiesigen deutschen Behörden die Nachricht bezweifelten und die Plakate weder unterschrieben noch gedruckt trugen, wie dies vorgeschrieben ist, lehnten sie die Anbringung der Plakate ab.

Berlin, 2. Juni. Zu dem Plakatputsch im Rheinland wird dem „Berl. Tageblatt“ berichtet, daß in Wiesbaden die Plakate halb, nachdem sie angeheftet waren, von der Bevölkerung abgerissen worden waren, so daß nur wenige Personen die Plakate zu Gesicht bekamen.

Berlin, 2. Juni. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Mainz berichtet, daß als Gegenmaßnahmen zur Ausrufung der rheinischen Republik heute der Generalstreik verhandelt werden soll.

W.D. Berlin, 1. Juni. Weit über hundert rheinische, rheinische und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung aus allen Parteien waren am 31. Mai einer Einladung des Ministerpräsidenten Scheidemann zu einer Aussprache über die Selbstständigkeitsbestrebungen in den Rheinländern gefolgt. In vierstündiger Aussprache, in der das ganze Material noch einmal aufgerollt wurde, trat völlige Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Abgeordneten insofern zutage, als der Wönte einer Loslösung vom Reiche als völlig undiskutabel von allen Seiten verworfen wurde. Vor der Verabschiedung der Beschlüsse und vor Friedensschluß könne auch von einer Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen nicht gesprochen werden.

Die deutsche Verfassung vor dem Abschluß.

Berlin, 31. Mai. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung, der seit einigen Tagen in Berlin tagt, hat seine Arbeiten jetzt soweit gefördert, daß die erste Kommissionslösung der Verfassung nahezu vor ihrem Abschluß steht. Wie wir hören, sind die Abgeordneten sämtlicher Parteien nach Berlin berufen. In den ersten Tagen der nächsten Woche sollen Fraktionsitzungen stattfinden, in denen die einzelnen Fraktionen zu der Verfassung, insbesondere zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses Stellung nehmen sollen. Es ist daher zu erwarten, daß noch in der nächsten Woche eine Tagung der Nationalversammlung in Berlin stattfinden wird, in der die Verfassung schließlich durchberaten und wenn möglich an einem Tage verabschiedet werden soll.

Vom Zentralrat.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat bei seinen Beratungen am 26., 27. und 28. vor. Mts. die Einberufung eines dritten Rätekongresses abgelehnt. Zur Friedensfrage hat der Zentralrat eine Entschöpfung angenommen, welche sich gegen die unerhörte Forderung der Friedensbedingungen, die Befreiung aller Arbeitslosigkeit durch sie, die Abtretung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die darin liegenden unentbehrlichen Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens wendet, ferner an die Arbeiterklasse der Ententeländer appelliert, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme gegen Vergewaltigung eines ganzen Volkes zu erheben. Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat bessere Vorschläge, um die von uns anerkannten Ansprüche der Ententeländer zu erfüllen und trotz positiver politischer Arbeit den Geist der Verständigung und Verständigung zu erheben. Der Zentralrat hat weiter beschloßen, die preussische Staatsregierung um baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Verwaltungsreform und die Reorganisation der übrigen deutschen Freistaaten um einheitliches Vorgehen mit der preussischen Regierung zu ersuchen, bis zur Durchführung der Verwaltungsreform, aber das System der Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften in Erfahrung zu lassen. Die Behörden, bei denen die Kontrolle statifind, sollen die Arbeiterräte begünstigen. Schließlich wurde ein Antrag auf sofortige Ernennung eines neuen Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium angenommen.

Streik in Paris.

Die Streikbewegung in Paris, die hauptsächlich die Einführung des Achtstundentages und Erhöhung der Löhne zum Ziele hat, nimmt laut „Corriere“ ständig zu und der laum besetzte Streik der Bankangestellten scheint aufs neue auszubrechen zu wollen.

Egypationen.

W.D. Brüssel, 1. Juni. Genaus-Kreuzer. Bei einer Explosion in Garen wurden 6 Personen getötet, 70 Jänner und 150 leicht verletzt. 200 Personen werden vermisst.

Die ...
In ...
die ...
sich ...
den ...
mittleren ...
Kartoffel ...
daß ...
von ...
In ...
noch ...
er ...
gugs ...
unmittel ...
Minister ...
W e f ...
den ...
Zentner ...
Duro ...
ischer ...
sind ...
in ...
Rhein ...
60 ...
Schiff ...
unverwe ...
gehalten ...
Berungs ...
daß ...
missen ...
Auf ...
812 000 ...
stellen ...
geben ...
kannt ...
Fund ...
zund ...
beiden ...
Die ...
Bereits ...
den ...
einzelne ...
flüchtige ...
findet ...
Fraktion ...
Mittwoch ...
Fraktion ...
nehmen ...
Sog ...
findet ...
Gen ...
umf ...
Lu ...
gier ...
b ...
f ...
keit ...
der ...
Nipp ...
den ...
8 ...
1/2 ...
Genoss ...
der ...
W ...
W ...
Rö ...
St ...
Weibl ...
Rat ...
Ges ...
gefertigt ...
Case ...
auch ...
Levy ...
Mar ...
H ...
Aus ...
aus ...
alten ...
e ...
Preis ...
3 ...
Gilde ...
haus ...
Int ...
J. ...
Kar ...
Mob ...
in ...
Seide ...
Sport ...
W ...
Ma ...
Gitar ...
werde ...
läuft ...
Wein ...
Verk ...
Bronze ...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Juni.

Die Karlsruher Kartoffelversorgung.

In einem Rundschreiben des Ministeriums des Innern werden die Kommunalverbände neuerdings dringend aufgefordert, angesichts der ständigen großen Kartoffelknappheit in den größeren und mittleren Städten mit allem Nachdruck die Erfassung der restlichen Kartoffelvorräte zu betreiben. Der Karlsruher Stadtrat bezieht sich auf diesen ministeriellen Erlaß nicht zu erwarten steht.

Um die Kartoffeln, die bei den hiesigen Kartoffel-Erzeugern noch verfügbar sind, den hiesigen Verbrauchern zuzuführen, sieht er nur ein Mittel, nämlich die gänzliche Freigabe des Verkehrs kleinerer Mengen Kartoffeln durch die städtischen Verbraucher unmittelbar vom Erzeuger. Der Stadtrat beantragt daher beim Ministerium des Innern die sofortige Aufhebung aller Verbote und Beschränkungen einschließlicher Höchstpreisvorschriften für den Bezug von Kartoffeln in Mengen von nicht mehr als einem Zentner für die städtische Haushaltung.

Durch die Reichskartoffelstelle wurden größere Mengen englischer und schottischer Kartoffeln nach Deutschland eingeführt. Sie sind in Rotterdam Mitte April in Rheinische umgeladen und den Rhein aufwärts an die Bedarfsstellen verteilt worden. Von etwa 60 Schiffsladungen gelangten nur 5 nach Mannheim, nachdem sie unterwegs 14 Tage auf Anordnung des Vierverbandes zurückgehalten wurden. Die Kartoffeln haben durch den langen Beförderungsweg und das Stillliegen der Schiffe erheblich gelitten, so daß namhafte Mengen als unbrauchbar ausgeschieden werden mußten. Im übrigen sind die Kartoffeln von guter Beschaffenheit. Auf Karlsruhe entfällt ein Schiff mit einer Ladung von rund 812 000 Kilo. Sie werden in den sämtlichen Kartoffelverkaufsstellen der Stadt zum Preise von 40 Pf für das Pfund ausgegeben. Das Mehrere hierinnen gibt das städt. Kartoffelamt bekannt. Der Einkaufspreis für die Stadt ist auf 45 Pf für das Pfund zu berechnen, so daß ihr beim Verkauf ein Verlust von rund 80 000 M. erwächst, nicht eingerechnet den durch das Verderben eines Teiles der Ladung entstandenen Schaden.

Die Bürgermeisterwahlen sind nun doch, wie der Stadtrat bereits am Samstag bekannt gab, verschoben worden, sie werden voraussichtlich vor Pfingsten nicht mehr stattfinden. Die einzelnen Fraktionen treten nun in Verhandlungen über die künftige Beteiligung der Bürgermeisterposten ein. Heute mittag findet eine Besprechung statt, zu der Vertreter sämtlicher Fraktionen eingeladen sind. Unsere Partei wird in der am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins zu den Bürgermeisterwahlen Stellung nehmen.

Sozialdem. Verein. Am Mittwoch, 4. Juni, abends 8 Uhr, findet im Saal 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße, unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt neben dem Geschäfts- und Kassenericht noch Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten zu demselben, sowie Stellungnahme zu den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert also zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen.

Küppers. Die Wahl der Delegierten zum deutschen Parteitag findet hier am Dienstag, abends von 8-1/2 Uhr im „Bürgerheim“ statt. Unsere Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Stimmzettel liegen im Wahllokal auf. Näheres über die Wahl siehe unter „Partei“ dieser Nummer.)

Gewerkschaftsartikel Karlsruhe. Die Kartelldelegierten werden auch an dieser Stelle auf die morgen, Dienstag, abend 1/8 Uhr, in der „Wolfschlucht“ stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht.

Altbahn-rose. Am 20. Mai 1919 war es bekanntlich bei einem Uebergang der Altbahn über die Landstraße von Karlsruhe nach Ettlingen zu einem schweren Unfall gekommen. Ein Zug der Altbahn hatte ein Automobil erfasst, in dem der Direktor Neumaier aus Mannheim und einer seiner Freunde, namens Hofenthal, saßen. Neumaier verunglückte dabei und die Witwe und seine Kinder strengten nun gegen die hiesige Lokalbahn A. G., die Besitzerin der Altbahn, eine Klage auf Schadenersatz an. Die Eisenbahngesellschaft erhob Widerlage wegen des ihr durch das Automobil angerichteten Schadens. Das Landgericht und das Oberlandesgericht zu Karlsruhe gaben der Klage zu einem Drittel und der Widerlage zu zwei Dritteln statt. Beide Parteien hatten nun gegen die Entscheidung Revision beantragt. Das Kreisgericht hat das Urteil jetzt auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an den Vorberichter zurück.

Der Dank an die „Selben“. Ein Lehrer schreibt uns: Am 22. Mai zahlte die Stadt an ihre Beamten eine einmalige Teuerungszulage von 500 M. an Verheiratete und 350 M. für Ledige. Diese berechtigte Abstrichung genügt aber den „mahgebenden“ Stellen nicht. Nefflos beamten- und arbeiterfreundlich konnte man ja auf dem Karlsruher Rathaus noch nie sein. Es wurde deshalb auch bei dieser Teuerungszulage gesucht, wo sich noch etwas abgeben ließe. Und siehe da, man entdeckte die Kriegsteilnehmer, die in so vielen jähren und langen Kriegen gebietener tapferen „Keldgrauen“ und „Selben“. Die sind ja von draußen die Jwadrel und Schinderei gewohnt, also kann man auch bei dem sie auch ein bißchen in der Leitung halten. Und also beschloß man: Wer zu Hause 4 1/2 Jahre lang mit der Feder tapfer gestritten, der erhält die volle Zulage; wer am Kriege teilgenommen hat, aber seinen Gehalt weiterbezogen, der erhält auch die ganze Zulage. Wer aber 4 1/2 Jahre für 5 M. 30 Pf pro Defade gestritten und gefritten und seinen Gehalt bezogen hat, der erhält nur einen bestimmten Bruchteil gemäß seiner Dienstzeit bei der Stadt. Und das Ganze nennt man soziale Gerechtigkeit und Dank des Vaterlandes. Wir, die wir draußen waren, nennen es aber mit der Soldaten Sprechweise, kurz und bündig: Schwindel!

Der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband — Die Reaktion in der Angestelltenbewegung.

In Nummer 108 unserer Zeitung brachten wir einen Artikel unter obiger Überschrift. Von dem genannten Verband ging uns darauf folgende Mitteilung zu:

1. Es ist unklar, daß der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband glaubt im Laufen stehen zu können, dazu hat er doch gar keine Bewandlung. Er ist eine gewerkschaftliche Organisation und als solche von dem paritätischen Vorstand der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen anerkannt.

2. Es ist weiter unklar, daß der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband gelbe Tendenzen verfolgt. Der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband hat niemals auch nur einen Pfennig zu Verbandszwecken von Arbeitgeberseite angenommen.

3. Es ist ebenso unklar, daß der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband be, wo es heißt, gewerkschaftliche Arbeiten zu leisten und die wirtschaftliche Lage der Angestellten zu verbessern, nicht zu finden sei. Überall, wo nur die Möglichkeit gegeben war, auf dem Plan zu erscheinen, haben wir selbst, aber unsere Arbeitsgemeinschaft das ist die Vereinigung Deutscher Fabrikbeamten- und Angestellten-Verbande Berlin, Tarifverträge abgeschlossen und die Angestellten vertreten.

4. Eine unvorbereitete Behauptung ist es ebenfalls, daß der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband Verwirrung und Zersplitterung in die Angestelltenbewegung trägt und sich als Schutztruppe des Unternehmertums hergibt. Der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband hat das das größte Interesse daran, alles so einseitig wie möglich zu gestalten und lehnt es ganz entschieden ab, eine Schutztruppe des Unternehmertums zu sein.

Zu dieser Richtung haben wir zu bemerken: Der Gruben- und Fabrikbeamten-Verband behauptet also, doch eine Gewerkschaft zu sein und weist darauf hin, daß er von dem paritätischen Vorstand der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als solche anerkannt sei. Er vergißt aber zu erwähnen, daß die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gegen diese Anerkennung bereits schärfsten Protest eingelegt hat. Der fragliche Beschluß wird umso mehr einer Nachprüfung unterzogen werden müssen, als danach sogar ein Verband anerkannt sein will, der im Interesse des Unternehmertums einen Beamtenstreik proklamierte. In es unter diesen Umständen nicht sehr kühn, sich auf einen solchen Beschluß zu stützen?

Daß der Gruben- und Fabrikbeamten-Verband Unternehmerrgelder zu Verbandszwecken angenommen hätte, haben wir nicht behauptet. Die gelben Tendenzen des Verbandes erblicken wir darin, daß der bekannte Scharfmacher zu seinen Ehrenmitgliedern zählte. Warum berichtet man hier nicht? Es ist anscheinend unangenehm, wenn man Gewerkschaft sein will und muß sich an Persönlichkeiten wie den Geh. Kommerzienrat Nordorf erinnern lassen.

Es ist richtig, daß der Gruben- und Fabrikbeamten-Verband schon Tarifverträge abgeschlossen hat, man muß aber nur wissen, was das für Verträge gewesen sind. U. a. hat er einen Tarifvertrag für die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie abgeschlossen. Die Befamtagung dieses Maßwerkes läßt in einer Angestelltenversammlung in Senftenberg einen ungeheuren Enttäuschungssturm aus. Durch eine Resolution wurde dem Verband das Recht abgesprochen, für die dortigen Kollegen Tarifverträge abzuschließen und die anwesenden Vorstandsmitglieder des Zweigvereins traten zum Bund der techn.-indust. Beamten über. Genügt das, um die gewerkschaftl. Arbeit dieses Verbandes zu kennzeichnen?

Der Gruben- und Fabrikbeamten-Verband ist gegründet worden als Unterhaltungs- und Versicherungsverein und hat sich — abgesehen von der Bestrebung zur Herbeiführung der staatlichen Rentenversicherung — nie mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Angestellten beschäftigt. Sätte er sich in seiner früheren Art weiter betätigt, so läge für uns keine Veranlassung vor, uns mit ihm zu beschäftigen. Da er sich aber als Gewerkschaft aufspielt, trägt er Verwirrung und Zersplitterung in die Angestelltenbewegung und es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Kollegen über das Wesen dieses Verbandes aufzuklären. Programme und Satzungen allein bestimmen nicht den gewerkschaftlichen Charakter eines Verbandes, sondern die Vergangenheit und die jeweilige Betätigung läßt erst ein abschließendes Urteil zu. Aber gerade hier fehlt eben jede Voraussetzung zum Vertrauen beim G. u. F. Verband. Vielleicht tritt der hiesige Zweigverein mit seinen neuen Anschauungen mal an die Öffentlichkeit, da wäre ja die beste Gelegenheit zur Aufklärung gegeben. Oder fürchtet man eine öffentliche Ausproberung?

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter - Verband) Aktion Wechner und Installateure. Am Montag, 2. Juni, abends 8 Uhr, findet eine sehr wichtige Versammlung im Lokal zur „Gambirushalle“ statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. — Ebenfalls werden auch die Tarifentwerfer ausgegeben. 8827 Die Wandlenleitung.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beiliegendes Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Kräger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Gesucht

werden für sofort und später
Köchinnen für Privat 8955
Zimmermädchen
Mädchen z. Antennen

Städtisches Arbeitsamt
Weibl. Abteilung Zähringerstr. 100.

Billig zu verkaufen:
Entworfener Schrank, polierte
Schränke, Schifftiere,
Küchenschrank, Neue Küche,
Vertiko, Console mit Marmor
und Spiegel, Kommode,
Nachtische 8889

Krämers Möbelhaus,
Kaiserstraße 69,
Eingang Waldhorn-Strasse.

Standesbuch-Auszüge
der Stadt Karlsruhe

Geschäftskunden. Otto
Sieglar v. Oberndorf, Ober-
postsekretär hier, mit Luise
Koffmann von Grünfeld,
Ludwig Bohn von hier, Ma-
schinist und Schlosser hier,
mit Frieda Eipperle von
Dreisbach, Karl Leopold v.
hier, Kaufmann hier, mit
Anna Wäde v. hier, Franz
Farny von hier, Baumeister
hier, mit Elise Knobloch
v. Teufelshausen, Theodor
Höfner v. Weingarten,
Kell. Geiger hier, mit Karo-
lina Krüger von Sulzfeld,
Josef Wögle v. hier, Schrei-
ner hier, mit Elisabetha
Schäuble von Ruit, Theo-
dor Raupp v. Blüthgen, Ma-
ler und Tapezier hier, mit
Bertrud Sonntag v. Dörsen-
burg, Karl Reher v. Lan-
dan, Zementeur hier, mit
Elise Eved von Durlach,
Emil Michert von hier,
Werkführer hier, mit Vertha
Kuhn von Mannheim, Jo-
sef Sed von Stupferich,
Fabrikarbeiter in Durlach,
mit Frieda Keller von hier,
Richard Sedlitz von Wühl,
Fabrikant alda, mit Ma-
ria Lang Witwe von hier,
Karl Klein von hier, Schlos-
ser in Geilsboon, mit Luise

Handwerker, 22. St. 2. St.,
empfehlen 2211

Moderne Hosen
in Seide, Füll und Wolle,
Sportjacken, Kostüme
Nähige Preise.

Mandolinen,
Gitarren, Zithern
werden fortwährend ange-
kauft in 2812

Weintraubs An- und
Verkaufsgeschäft,
Stromstr. 52. Tel. 3747. Auf von Höpflinger.

Die Erträge im Garten Haus und Hof erhöhen

kann jeder, wenn er die praktischen Ratschläge der

Lehrmeister-Bücherei
befolgt!

Anleitung zum Gemüsebau.
Mit 18 Abbildungen, 80 Pfg.

Düngung des Gemüsegartens. 40 Pfg.

Die Kultur der Erdbeere.
Mit 81 Abbildungen, 40 Pfg.

Gurke, Melone und Kürbis.
Mit 19 Abbildungen, 40 Pfg.

Nach Einsendung von Briefmarken erfolgt prompte Zusendung.

Adlerstraße 16 Adlerstraße 16

Volksbuchhandlung Karlsruhe

Oeffentlicher Vortrag!

Dienstag, 3. Juni, abends 1/8 Uhr
im großen Saale zur Eintracht, Karl-Friedrichstraße

Thema:

„Die Nationen vor dem Richterstuhle Christi“.

Redner:

Karl Wellershaus, Barmen.

Sprachansprache: 8959

F. Buck, Karlsruhe.
Jedermann herzlich willkommen. Eintritt frei.

Für Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen

wird in Baden eine große Zahl von
Arzten und Sanitätsunterpersonal

bei Abnahmekommissionen (Mannheim, Offenburg und Konstanz), Durchgangslagern (Mannheim, Ludwigschloßheim, Karlsruhe, Rastatt und Heuberg) und in Lazaretten gesucht.

Helft unseren Kriegsgefangenen zur schnellen Rückkehr in Heimatsort und Familie.

Befehlennigte Entlassung der Heimkehrenden hängt von der Zahl des Sanitätspersonals ab.

Arzte wollen sich sofort schriftlich an das Sanitätsamt XIV. A. K. wenden unter Angabe der Art und des Ortes der gewünschten Verwendung. Lazarettbeschäftigung läßt nebenamtliche Dienstleistung zu, Dienst im Durchgangslager nicht. Bei Abnahmekommissionen tätige Ärzte müssen jederzeit — auch nachts — auf Abruf zur Verfügung stehen.

Beginn: Vom Beginn der Gefangenenauslieferung abhängig.

Dauer: Unbestimmt, von Auslieferungsfolge durch die Geuer abhängig.

Vergütung: 10-20 M. täglich am Wohnort des Arztes, 15-25 M. täglich außerhalb, je nach Art der Dienstleistung.

Sanitätspersonal: Entlassene Sanitäts-Untersoffiziere, Militär-Krankenwärter, Heilgehilfen, Krankenpfleger, Krankenträger, Angehörige von Sanitätskolonnen usw. wird von der Sanitätsabteilung 14 angeworben.

Bei schriftlicher Meldung Angabe über bisherige und jetzt gewünschte Verwendung. Wünsche werden weitgehend berücksichtigt. Ausweise und Zeugnisabschriften beifügen.

Vergütung: Ortsübliche Lohnsätze.
Einstellung erfolgt als Zivilangestellter auf Vertrag, Generalkommando XIV. A. K. IVb Ib

Keine Wanzemaal für

nur mit Kammerjäger Berg's Nicodahl I. u. II. zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.

Doppelpack M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74,
Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 72.

Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31280, portofreie Zusendung nach auswärts durch Herm. A. Groessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

Sonder-Angebot

für Pfingsten

hellfarbige Hüte

mit Tüll- und Blumengarnitur **13.75**

Ferner empfehle **3953**
größte Auswahl in preiswerten eleganten
Hüten, Hütförmern und Zutatzen.

Hugo Landauer

Modehaus **Kallersfr. 143/145.**

Das **Bezirkshauptamt**
macht bekannt, daß es unter
Nr. 5606 u. 5365
an das Fernsprech-Netz
angeschlossen ist. **3961**

Gewerkschaftskartell
Karlsruhe.

Dienstag, den 3. Juni,
abends 7 1/2 Uhr, in der
„Volkschule“, Schützen-
straße 10, Fortsetzung der

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen.
2. Neuwahlen.
3. Betriebs- und Wir-
tschaftsfragen.

Um vollständiges Ge-
schehen wird dringend ge-
beten. **3959**
Die Kartell-Kommission.

Empfehle mich
zum Ankauf von
Offiz. Uniformen
Schmucksachen
aller Art
Wäsche usw.



„Gest.“
Angebote
edittelt
Weintraub's
Er- u. Verkaufts-
Geschäft.
Leopoldstr. 52
Telefon 3747.

Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Voll-
Tüll-
Seiden-
Moire-
Seiden-
Lüster-
Voll-
Seiden-
Rips-
Seiden-
Eolienne-
Seiden-
Keine Ladenspesen.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr, im
Saal 3 der Brauerei Schrempf

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: **3967**
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahlen.
3. Stellungnahme zu den Bürgermeistervahlen.

Hierzu laden trotz die Mitglieder mit dem Ersuchen,
recht zahlreich zu erscheinen, höflichst ein.
Der Vorstand.

Mitgliedskarte zur Kontrolle vorzeigen.

10. bad. Reichstagswahlkreis.

In der gestern abgehaltenen Konferenz wurden die
Genossen Abels, Böhm, Karlsruhe, Krüschbach, Bruch-
sal und Wurm, Gagsfeld als Kandidaten zur Dele-
gationwahl für den deutschen Reichstag vorgeschla-
gen. Von den Vorgesetzten ist ein Genosse zu wählen.
Die Wahl findet am Mittwoch den 4. Juni mittelfest
11 Uhr abends statt. Wir eruchen die Genossen das
Resultat sofort an das Sekretariat einzuliefern oder
telefonisch, Telefon 128, mitzuteilen. Die Resultate
müssen bis Freitag Mittag in unsere Hände sein.
3968 Der Vorstand.

Bereinsbank Karlsruhe

e. G. m. b. H.
Die abgerechneten Einlagebücher sowie
die noch nicht erhobenen Dividenden auf
die vollen Geschäftsanteile können an
unserer Kuponkasse in Empfang ge-
nommen werden. **3957**

Der Vorstand.

Mieter- und Ban-Verein Karlsruhe

e. G. m. b. H.
Wir haben auf sofort oder später zu vermieten:
Kornblumenstraße Nr. 3, 3. Stod, eine Wohnung von
2 Zimmer und Zubehör.
Vererbungen wollen im Bureau bis Mittwoch,
den 4. Juni, abends 6 Uhr erfolgen, wofür die
Vermietung stattfindet. **3956**
Karlsruhe, den 31. Mai 1919.
Der Vorstand.

Ginsperren der Tauben.

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über den von
Tauben auf angepflanzten Grundstücken verursachten
Schaden.
Wir weisen deshalb wiederholt und dringend darauf
hin, daß die Besitzer von Tauben verpflichtet sind, in
der nächsten Zeit ihre Tiere eingesperrt zu halten.
Zu widerhandeln haben neben der Bestrafung das
Abschießen der Tauben durch das Feldhüterpersonal zu
gewärtigen. **3962**
Karlsruhe, den 27. Mai 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des
Monats Juni 1919 werden, soweit noch Berech-
tigung zum Bezug besteht, nach Maßgabe der Num-
mern der Unterstützungsansweise in folgender Reihe
ausbezahlt:
Montag, 2. Juni 1919 die Nummern 1 bis mit 500
Dienstag, 3. „ 1919 „ 501 „ 10000
Mittwoch, 4. „ 1919 „ 10001 „ 18000
Donnerstag, 5. „ 1919 „ 18001 „ Schluß.
Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen
des Kriegsunterstützungsamts Zirkel 40/42, 3. Stod,
Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8 1/2 bis 12 1/2
Uhr mittags vorgenommen.
Zur Erzielung einer geordneten und raschen
Auszahlung muß dringend darauf bestanden wer-
den, daß die Unterstützungsbescheinigungen die vor-
geschriebene Reihenfolge genau einhalten. **3924**
Karlsruhe, den 28. Mai 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsmitteln betr.
Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind
Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fort-
bildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmäd-
chen usw. zur Teilnahme am Fortbildungunterricht
anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben er-
forderliche Zeit zu gewähren.
Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben
Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach
Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.
Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu
50 M bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge
usw., die den auswärts hierher kommen, sind sofort
anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in
ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur
verpflichtet, oder probeweise aufgenommen sind.
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge
usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von
den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer
unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.
Karlsruhe, den 1. Juni 1919. **294**
Das Volksschulrektorat.

Badisches Landestheater.

Montag, den 2. Juni 1919. **3965**
Montagsmiete Nr. 34.
Figaros Hochzeit
Komische Oper in vier Akten von W. A. Mozart,
Dichtung von Lorenzo da Ponte. Text der Secco-
Rezitative von Hermann Levi.

Städtisches Konzerthaus.

Sommeroperette des Landestheaters Karlsruhe.
Montag, den 2. Juni 1919. **3966**
„Das verbotene Lied“
(Der Freiheit eine Gasse).
Singspiel in drei Akten v. Dr. Gust. Quedenfeldt u.
P. Hubl. Musik von Franz Werther.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Schiff- und Nichtschiff
Gültig in der Zeit vom 2. Juni bis 8. Juni 1919
einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemein-
den des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg.	Gemüse	Pfg.
Weißkraut	30	Kartoffeln	80
Wirsing	35	Lauch	45
Spinat	70	Schnittlauch	40
Milch, rot	25	Mangold	40
Kohlrabi	80	Petersilie	40
Kopfsalat aus dem	Stück	Kabischen, Wiener	Fund
Freiland	20-25	und Eisapfen	12-15
Kopfsalat aus dem	Stück		Fund
Freiland	40-50	Maibärben	55
Kressestaub	80	Zwiebeln m. Scht.	65

In allen Baren, sowohl an den Märkten wie in
sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlich
sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.
Das Zurückhalten angeblich verkaufter Baren ist
verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist,
muss vom Beginn und während der ganzen Dauer des-
selben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.
Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchst-
preise.
Karlsruhe, den 31. Mai 1919. **3964**
Preisprüfstelle für Marktwaren.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der Bad. Landesstellenstelle stellen
sich die Kleinverkaufspreise für Ruchkoffen- und Koks
mit Wirkung ab 1. Mai wie folgt:
Preise für einen Zentner:

Sorte	ab		offen in		in	
	ab-	ab	Frei-	Frei-	ab-	ab-
	Wagen	Wagen	Wagen	Wagen	Wagen	Wagen
Ruhr-Eh-Stückkoffen	5.05	5.80				
Stückkoffen	4.95	5.20				
Fettkohl u. Waschkohl	4.90	5.15				
Fettkohl I u. II nachgel.	5.20	5.50				
III	5.00	5.35				
IV	5.40	5.85				
Schmelzkoffen III u. IV	5.30	5.55				
melierter Schmelzkoffen	4.95	5.20				
Anthracinkohl I nachgel.	5.95	6.20				
II	6.20	6.45				
III	6.80	6.05				
der Reihe Langenbrunn	6.30	6.55				
Antarctis-Eisformbrille	5.95	6.20				
Steinkohlbrille	5.75	6.00				
Erbskohl	6.55	6.70				
Brechholz I	7.00	7.25				
II	7.05	7.30				
III	6.90	7.15				
I Konsolidation	7.05	7.30				
II	7.10	7.35				
III	6.95	7.20				

Kommunalverband Karlsruhe-Land.

Selbständiger
Beizer und Polierer
zum sofortigen Eintritt gesucht. **3945**
Markstahler & Barth
Karlstr. 87.

Grundstücks-Zwangversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe 295-Nr. 8411:
3 a 44 qm mit Gebäuden Ritterstr. 34. Schätzung 44000 M
Versteigerungstermin: Mittwoch, 11. Juni 1919,
vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademie-
straße 8. **8145**
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 26. April 1919.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Pferdefleischverkauf.

Einlösung der Marke 10.
Verkaufsstelle B, grüne Aarten.
Dienstag 8.6. Nr. 1-1250 vorm. Nr. 1251-2500 nachm.
Mittwoch 8.6. „ 2501-3500 „ 3501-4400 „
Donnerstag 8.6. „ 4401-5500 „ 5501-6680 „
Die übrigen Serien werden in der Woche
vom 9.-14. Juni aufgerufen.
Kopfmenge 125 Gramm Wurst.
Karlsruhe, den 31. Mai 1919. **3954**
Städt. Fleischamt.

Lebensmittel-Verteilung

in der
Woche vom 2. Juni bis 8. Juni 1919.

1. Teigwaren (Wasservare), 500 g gegen die
Marke A Nr. 118. Preis M. 1.32 für 1 kg.
2. Kochfertige Suppen (eigener Herstellung),
100 g gegen die Marke B Nr. 118. Preis
M. 3.20 für 1 kg.
3. Marmelade, 1/2 Pfd. gegen die Marke C Nr. 118
Preis M. 2.60 für 1 kg.
4. Fett (Butter und Margarine) 100 gr und zwar
50 gr Butter und 50 gr Margarine
gegen die Fettmarken A und B Nr. 118
mit Anhang in den Fettverkaufsstellen
Nr. 1 bis 50: Dienstag, den 3. Juni bis
100: Donnerstag, den 5. Juni bis Sam-
stag, den 7. Juni; Nr. 101 bis 200:
Samstag, den 7. Juni bis Dienstag, den
10. Juni 1919. — In den Geschäften Nr. 38
bis 75 und Nr. 116 bis 155 wird Land-
butter, in den übrigen Geschäften Tafel-
butter abgegeben. Der Preis für Margarine
ist M. 2.20 für das Pfund.
5. Eier (frische Landeier) 1 Ei gegen die Eier-
marke Nr. 118, von Mittwoch, den 4. bis
Freitag, den 7. Juni 1919 in sämtlichen
Eierverkaufsstellen zum Preis von
36 Pfg. für das Stück. — Sammelmarken
werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingetöf-
felt.
6. Heringe 1 Stück gegen die Marke J Nr. 112
in den allgemeinen Lebensmittelgeschäften
Nr. 175 bis 353. Preis 75 Pfg. für ein
Hering. — Die jetzt nicht zur Einlösung
gelangenden Marken J Nr. 112 sind auf-
zuheben.
7. Zucker 800 gr gegen die Zuckermarke Nr. 118
8. Geschälte Bohnen 250 gr gegen die Sonder-
marke A Nr. 118. Preis M. 1.05 für 1 kg.
9. Weizenanzugsmehl 250 gr von Donnerstag
den 5. Juni ab, in den Mädlereien gegen
die Sondermarke C Nr. 118. Preis
80 Pfg. für 1 kg.
10. Puddingpulver 1 Paket auf die Haushalt-
marke A Nr. 51 oder 2 Pakete auf die
Haushaltmarke B Nr. 51. Preis 24 Pfg
für 1 Paket.
11. Kondensierte und Trockenmilch, 1 Dose
kondensierte Milch auf die Haushaltmarke A
Nr. 52 oder 1 Dose kondensierte Milch und
100 gr Trockenmilch auf die Haushalt-
marke B Nr. 52. Preis für 1 Dose kon-
densierte Milch „BMC“ M. 2.35. Preis
für 1 Dose kondensierte ungezuckerte Voll-
milch M. 2.10. Preis für 1 kg Trocken-
milch M. 5.80.
12. Gebäck, 1 Paket Zwieback auf die Haushalt-
marke A Nr. 53 oder 1 Paket Zwieback
und 1 Paket Reis auf die Haushalt-
marke B Nr. 53. Preis für 1 Paket
Zwieback 42 Pfg.; Preis für 1 Paket Reis
39 Pfg.
13. Polsterner Weißkraut, getrocknet, marke-
frei zum Preise von M. 2.25 für das
Pfund in allen Lebensmittelgeschäften.
14. Polsterner Rotkraut, getrocknet, markefrei,
zum Preise von M. 2.40 für das Pfund
in allen Lebensmittelgeschäften.
15. Frischbrot markenfrei, zum Preise von
M. 1.50 für 1 Paket.
16. Rindermittel 1 Paket von 250 gr zu
90 Pfg. gegen die Zusatzmarke für Rin-
derrmittel A Nr. 118.
17. Amerikanisches Schweinefleisch 125 gr gegen
die Sondermarke B Nr. 118 in den
Weg- und Wurstereigeschäften am
Mittwoch, den 4. Juni 1919, von 7-12
Uhr vormittags und von 2-5 Uhr nach-
mittags. Preis M. 12.40 für 1 kg.
18. Kartoffeln 3 Pfund gegen die Kartoffelmarke
A Nr. 113 mit Anhang.
- II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag,
den 3. Juni 1919.
- III. Preis für Abrechnung und Ablieferung der
Marken: Für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf
der Verkaufszeit, für die anderen Waren Mit-
woch, den 11. Juni 1919.
- IV. Für die Woche vom 9. Juni bis 15. Juni 1919
sind zur Verteilung vorgelegt:
Grape 500 gr Polsterner Rotkraut
Kochfertige Suppen 100 gr Frischbrot
Marmelade 250 gr Stodische
Weizenreis 250 gr Fett
Weinanzugsmehl 2 kg Rindermittel
Polsterner Weißkraut Kartoffeln
Karlsruhe, den 31. Mai 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.